Berufsschul-INSIDER

Informationen der Fachgruppe Berufliche Schulen Hessen

Jetzt auch im Netz unter:
http://www.gew-hessen.de/

4/08

Aus dem Inhalt :

- Zukunftsmodell
- Kultur-Trialog
- Selbstständige Schule
- Gelbe Hand
- Israel
- Berufseinstiegsbegleitng

GEW

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das Jahr 2008 ist vorbei, es lebe das Jahr 2009! Im Ernst: Selten war die Stimmung zu einem Jahr so getrübt wie dieses Mal, zu Recht! Die unglaubliche Finanzkrise und im Gefolge die Wirtschaftskrise verschont weder die Beschäftigten noch die beruflichen Schulen. Rückgehende Arbeitsplätze werden auch zu rückgehenden Ausbildungsplätzen führen, trotz der vielbeschworenen sog. Facharbeiterlücke. Die vollschulischen Bildungsgänge werden wieder zu „Lückenbüßern" werden, es sei denn, das Hess. Kultusministerium versteht sich endlich zu einer umfassenden Reform des sog. Übergangsystems und der Positionierung einer gleichwertigen vollschulisch/kooperativen Berufsausbildung.
Hierzu hat die GEW-Fachgruppe Berufliche Schulen ein zukunftsfähiges Modell entwickelt und stellt es in diesem Heft zur Diskussion.

Was ist noch in 2009 zu erwarten?

Ab 18.01.2009 gibt es eine neue Mehrheit im Parlament und damit auch eine neue Regierung. Welche Bedeutung diese der beruflichen Bildung und den beruflichen Schulen beimisst, wird dann deutlich werden.

- Die Verordnung zu schulträgerübergreifenden Fachklassen wird novelliert und wahrscheinlich in manchen Bezirken zu unerwünschten Schließungen führen.
- Die Stellenzuweisung wird nicht mehr an die Staatlichen Schulämter gehen, sondern direkt an die Schulen. Ob dies für diese positiv oder negativ ausfällt, wird sich zeigen müssen, Skepsis ist durchaus angebracht.
- Berufliche Schulen sollen nach Auffassung des derzeitigen und vielleicht auch zukünftigen Kultusministers die Möglichkeit erhalten, sich in Anstalten des Öffentlichen Rechts umzuwandeln, ein Systemwechsel mit derzeit nur schwer absehbarer Reichweite.
- Die für 01.01.2010 vom Landtag einstimmig beschlossene Übertragung des Budgetrechts, der Personalhoheit und der Verpflichtung zur Einführung eines Qualitätsmanagementsystems an die beruflichen Schulen wird vorbereitet werden.

Alles in allem: ein spannendes und mit Sicherheit auch konfliktreiches Jahr steht uns bevor. Hierzu wünsche ich uns allen Kraft, Energie, Ausdauer und gewerkschaftliche Power. Wenn Ihr hierzu auch den INSIDER als Plattform Eurer Aktivitäten, Projekte und Proteste benutzt, ist dies sehr willkommen.

Euer Dieter Staudt

Inhaltsverzeichnis

Annemarie Kutscher-Albert	Seite 3
NEWS	Seite 4
Portal für Experimente	Seite 5
Zur Zukunft der berufsbildenden Schulen	Seite 6
Projekt gegen Rassismus und Ausgrenzung	Seite 8
Berufseinstiegsbegleitung	Seite 10
Selbstständige Schulen	Seite 11
Projekt: „Erfahrung hat Zukunft"	Seite 12
SV + - Kritisches zum Stand	Seite 13
Neue Broschüre: Q2E in Hessen	Seite 14
Analyse zur Ausbildungsmarktentwicklung 2008	Seite 15
Deutsch-israelisches Jahr der Wissenschaft	Seite 16
Schulspeisung für Schüler und Lehrer	Seite 18
HPRLL - Intern	Seite 20
Erfolgreich am Ziel	Seite 22
Bundesgesetz für Hochschulzugang	Seite 23
Kultur-Trialog	Seite 24
Schluss mit der Bildungsreform	Seite 27
Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Hessen	Seite 28
Vorsicht Abbruch	Seite 17
Benachteiligtenförderung	Seite 30
Die Geschichte vom Blumentopf und dem Bier	Seite 31
Zum Nachdenken	*letzte Seite*

Auflage : 4600

Wir freuen uns - wie immer - über jeden eingesandten Artikel oder Leserbrief. Es erleichtert uns die Arbeit, wenn die jeweiligen Beiträge mit Word oder Winword geschrieben und uns auf Diskette zugeschickt werden.
Bitte Bilder und Grafiken zusätzlich zusenden, da sonst großer Qualitätsverlust möglich!
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: *30.03.2009*

IMPRESSUM

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung
und Wissenschaft
Landesverband Hessen

Zimmerweg 12
60325 Frankfurt
Tel.: 069 / 97 12 930
Fax : 069 / 97 12 93 93
Landesfachgruppe
Berufliche Schulen
-Vorsitzendenteam-

Redaktion:

Dieter Staudt
Messeler Straße 3
64390 Erzhausen
Tel. : 06150 / 75 69
Fax : 06150 / 75 69
e-mail: d.staudt@lgs-dieburg.de

Ralf Becker
Tel.; 06142 / 838880
e-mail: becker.ralf@vobis.net

Layout:

Matthias Hohmann
m.hohmann@gmx.net

Druckerei :

Spengler´s Druckwerkstatt GmbH
Im Pfützgarten 7 64572 Büttelborn

Annemarie Kutscher-Albert ist tot.

Erinnerung

„Je schöner und voller die Erinnerung, desto schwerer ist die Trennung. Aber die Dankbarkeit verwandelt die Erinnerung in eine stille Freude. Man trägt das vergangene Schöne nicht wie einen Stachel, sondern wie ein kostbares Geschenk in sich.“

Dietrich Bonhoeffer

Annemarie starb im Alter von 56 Jahren in Gießen am 29.10.2008, für uns alle viel zu früh. Nach langer schwerer Krankheit starb die Hoffnung auf Genesung zuletzt. Mit Anne – wie wir sie kannten und nannten – verließ uns eine überragende und außergewöhnliche Persönlichkeit. Sie war Beruflerin und Gewerkschafterin von Anfang an. Nach Lehre, Abitur an einem beruflichen Gymnasium – der Friedrich-Feld-Schule in Gießen, ihre letzte Schule – studierte sie Wirtschaftswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre, zuletzt in Mainz und legte dort das Examen ab. Sie kehrte bald in ihre mittelhessische Heimat zurück und war zunächst an der Kaufmännischen Berufsschule in Wetzlar tätig. Seit Beginn der 90er Jahre unterrichtete sie bis zuletzt an ihrer alten Schule, der Friedrich-Feld-Schule in Gießen.

Neben ihren dienstlichen Tätigkeiten war sie Gewerkschafterin durch und durch. Sie war Manchem unbequem und stellte die richtigen Fragen, aber immer fair und um die Sache kämpfend. Sie übernahm Verantwortung und stellte sich den Herausforderungen bzw. uneigennützig in den Dienst der Sache. So engagierte sie sich weit über das normale Maß in der Gewerkschaftsbewegung und war Vorbild in der Lehrerfortbildung. Viele Jahre gestalteten wir (siehe Bild) in Mittelhessen die gewerkschaftlichen Inhalte der GEW Bezirksfachgruppe Mittelhessen gemeinsam. In einer vorwiegend männlich besetzten Fachgruppe war sie nie die Alibi- bzw. Quotenfrau. Selbstbewusst behauptete sie ihren Platz und führte uns oft wieder zusammen. Hier kam der Mensch Anne zum Vorschein. Sie verstand es in ausgezeichneter Weise, Standpunkte auch einmal relativierend zu betrachten und uns somit die Augen zu öffnen. Sie konnte integrieren und einen mitnehmen, ohne als Verlierer dastehen zu müssen. So war sie die nachgefragte Persönlichkeit, wenn es z. B. um Supervision und Beratung von Lehrer/innen, aber auch Funktionsträgern, sogar um ganze Kollegien ging. Ihre Persönlichkeit wirkte authentisch und überzeugend.

Auch feiern konnten wir: An vielen Wochenendseminaren der Bezirksfachgruppe war Anne mit von der Partie und verstärkte u. a. zu fortgeschrittener Stunde unsern berühmt-berüchtigten GEWerschafts-Chor mit Musikbegleitung. So war es folgerichtig, dass wir Anne im Frühjahr 2002 anlässlich ihres 50. Geburtstages in die Pfalz, zunächst mit unbekanntem Ziel bei freier Kost und Logis, entführten. Symbolisch erwiesen wir damals dem Hambacher Schloss als Wiege unserer heutigen Demokratie die Ehre.

Das Bild zeigt Anne in Mitten ihrer GEW-Kollegen, dem harten Kern der GEW-Bezirksfachgruppe Mittelhessen in den 80er und 90er Jahren, mit schönem Ambiente in der Pfalz bei einem Gläschen Wein.

So bleibt uns als Erinnerung die stille Freude und Dankbarkeit, dass wir mit Anne zusammen sein, arbeiten, lachen und feiern konnten. Wir tragen sie als kostbares Geschenk in uns und werden sie nie vergessen. Sie war weit über die Grenzen Mittelhessens bekannt und beliebt.

Wir trauern mit ihrem Sohn Julius und ihrer Mutter und allen, die ihr begegneten und sie schätzen lernten.

Für die GEW-Landesfachgruppe
Berufliche Schulen
Wolfgang Hill

Von li. nach re.:
Wolfgang Halbach, Karl-Heinz Battenberg, Joachim Scheerer, Anne, Kurt Bernecker, Wolfgang Hill und Johannes Klameth

Trauer um Annemarie Kutscher-Albert

News - News - News - News

News

Banzers Ankündigungen

In seiner Pressemitteilung vom 17. Dez. 2008 kündigt Kultusminister Jürgen Banzer an:

+ jeweils 1000 zusätzliche Lehrerstellen in den nächsten beiden Jahren
+ Verankerung von Schulsozialarbeit durch Klärung der Zuständigkeiten und Finanzierung zwischen Schulträgern, Kommunen und Land
+ Entbürokratisierung der Förderpläne
+ Überprüfung des bürokratischen Aufwands im Zusammenhang mit der Lehrerfortbildung
+ Möglichkeit für berufliche Schulen, freiwillig Körperschaften des öffentlichen Rechts zu werden
+ Überdenken der alten Konzepte der Schul- und Schulleitungsdeputate.

Schaun`mer mal!

Lehrerzahl in Hessen

Im Schuljahr 2007/08 unterrichteten an den beruflichen Schulen in Hessen 8 998 hauptamtliche und hauptberufliche Lehrer/innen, davon 6 112 voll- und 2 886 teilbeschäftigt. Außerdem unterrichteten 1 502 Lehrer/innen mit stundenweiser Beschäftigung (Nebenamtliche und nebenberufliche Lehrer/innen, Lehrer/innen mit Mehrarbeit sowie Studienreferendar/innen)

Quelle: Berichte des Stat. Landesamtes

Anrechnungsverordnung

Der Landesausschuss für Berufsbildung, das drittelparitätisch besetzte höchste Beratungsgremium der Landesregierung in Sachen Berufs- und Weiterbildung, fasste am 22.10.2008 folgende Empfehlung:
„Der LAB empfiehlt der hessischen Landesregierung nach dem Ablauf am 31.07.2009 der „Hess. Verordnung über die Anrechnung des Besuchs eines schulischen Berufsgrundbildungsjahres und einer Berufsfachschule“ vom 21.07.2006 auf die Ausbildungszeit in dualen Ausbildungsberufen keine weitere Landesverordnung einer Anerkennung nach § 7 BBiG zu erlassen“.

Hintergrund der Empfehlung ist, dass nach § 7 Berufsgrundbildungsgesetz ab 01.08.2009 die Anrechnung einen gemeinsamen Antrag von Auszubildenden und Ausbildenden benötigt. Damit ist zukünftig - abgesehen von Einzelfällen - die Anrechnung beruflicher Vorleistungen auf eine anschließende Berufsausbildung auch gesetzesmäßig „beerdigt“, nachdem sie in der Praxis außer im Holzbereich nahezu in keinem anderen Bereich wirksam war.

Fortbildungssondermaßnahme BF Chemie/Physik/Biologie

Am 13.11.2008 startete eine dreijährige Fortbildungs-Sondermaßnahme für das Berufsfeld Chemie/Physik/Biologie. Gemeinsam sollen Berufsschullehrkräfte und Ausbilder/innen projektorientiert an der Entwicklung ganzheitlicher Unterrichtskonzepte einschließlich der Vernetzung fächerübergreifender naturwissenschaftlicher Inhalte in den jeweiligen Lehrplänen der einzelnen Berufsausbildungen und Schulformen arbeiten und fortgebildet werden. Die Fortbildungsmaßnahme basiert auf einem Drei-Säulen-Konzept: Fachwissenschaften, Didaktik & Methodik sowie Konzeption & Organisation. Die Projektleitung hat der Kollege Walter Nothdurft ***walternothdurft@aol.com.***

Umfassendes Beratungsangebot gefordert

In einem Antrag an den bundesweiten GEW-Gewerkschaftstag 2009 fordern die Fachgruppen Berufliche Schulen, dass ein umfassendes Beratungsangebot für lebensbegleitendes Lernen geschaffen werden muss. Dieses muss als unabhängige, öffentliche, steuerfinanzierte Dienstleistung für alle Bürger/innen vor Ort nutzbar sein. Beratung muss diskriminierungsfrei, kultur- und geschlechtersensibel gestaltet werden.

Neues Buch „Ausbildung für Alle“

Auf 104 Seiten werden Wege aus der Ausbildungskrise beschrieben und mit Fotos und Abbildungen illustriert. Das Buch entstand in Kooperation mit der Landesschülervertretung Hessen, der GEW, der DGB-Jugend Hessen und anderen Gewerkschaften (ISBN 978-3-89965-310-6)

Befragung zur Ausbildungszufriedenheit

Die DGB-Jugend macht auch dieses Jahr wieder eine Befragung zur Ausbildungszufriedenheit von Auszubildenden. Aus dieser Befragung entsteht der jährlich erscheinende Ausbildungsreport, der bezogen werden kann unter ***www.dgb-jugend.de/ausbildung/meldungen/neuer_ausbildungsreport.***
Die DGB-Jugend würde sich sehr freuen, wenn sie bei dieser Umfrage unterstützt würde, indem in den Berufsschulklassen die Fragebögen ausgefüllt werden. Diese können dann gesammelt ans DGB-Jugendbüro geschickt werden. Die Bögen werden bis März 2009 gesammelt.
Für Rückfragen:
DGB-Jugendbüro Südhessen
Telefon: 06151/399716
E-Mail: anja.willmann@dgb.de

Ohne Abschluss

Eine neue Studie des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) liefert Erkenntnisse über die Hintergründe eines fehlenden Ausbildungsabschlusses: Der Anteil der Jugendlichen, der ohne Berufsausbildung bleibt, stagniert nach Auswertungen des Mikrozensus bereits seit etwa zehn Jahren bei rund 15%. Dies sei angesichts der beträchtlichen Arbeitsmarktrisiken, die Personen mit fehlendem Berufsabschluss zu tragen haben und angesichts des sich bereits abzeichnenden Fachkräftemangel sozial und wirtschaftlich kaum zu verantworten. ***(www.bibb.de)***

Es gibt bereits alle guten Vorsätze. Wir haben sie nur noch anzuwenden.

(Blaire Pascal)

News - News - News - News

Beschlüsse zur Nachqualifizierung

Die 85. Arbeits- und Sozialministerkonferenz beschloss am 13./14. November 2008 in Hamburg:
„Die Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren für Arbeit und Soziales fordern die Bundesregierung auf

+ Maßnahmen zur beruflichen Nachqualifizierung auszubauen, um damit einen wichtigen Beitrag zur Fachkräfteentwicklung in Deutschland zu leisten. Die hierzu vom Bundesministerium für Bildung und Forschung bereits vorgelegten Ausbildungsbausteine aus anerkannten Ausbildungsberufen sind für die modulare Nachqualifizierung zu nutzen
+ die bisherigen Ansätze der beruflichen Nachqualifizierung für Menschen mit Migrationshintergrund durch die Einbeziehung von im Ausland erworbenen Vorqualifikationen auszubauen, um die Fachkräfteentwicklung zu verbessern."

Jüngere haben es immer schwerer

BAMBERG. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt wird für junge Menschen immer schwerer. Sie fänden häufig nur unsichere Beschäftigungsformen, und die Chancen, sich rasch zu etablieren, seien dramatisch gesunken, erklärte die Universität Bamberg am Dienstag. Sie war an einer internationalen Studie zum Beginn des Arbeitslebens beteiligt.
Seit Beginn der achtziger Jahre dauert es demnach immer länger, bis Absolventen eine Anstellung finden. Dieses Ergebnis sei eigentlich paradox, erklärten die Forscher. Der Nachwuchs habe im Vergleich zu früheren Generationen meist eine höhere Qualifikation, häufiger Auslandserfahrung und viel bessere Fremdsprachenkenntnisse. Trotzdem hätten die Jüngeren auf dem Arbeitsmarkt häufig das Nachsehen. ap

DE 17.12.2008

Starre Betreuungszeiten kritisiert!

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), Ludwig Georg Braun, forderte am 6. November 2008 mehr zeitliche Flexibilität der Kindertagesstätten. Er bezog sich dabei auf eine Umfrage unter 6.700 Kitas, wonach die Betreuungsangebote in Tagesrandzeiten und an Samstagen noch immer die Ausnahme sind. Braun wies angesichts des absehbaren Fehlens von Fachkräften auf die erforderliche Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hin.

Mangel an Erzieher/innen absehbar!

Am 7. November 2008 stimmte der Bundesrat dem im Bundestag Ende September beschlossenen Kinderförderungsgesetz zu, wonach von 2013 an für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte (Kita) oder bei einer Tagesmutter besteht. Das Betreuungsangebot muss deshalb bis 2013 auf 750.000 Plätze verdreifacht werden. Bund, Länder und Kommunen müssen dafür zusammen 12 Milliarden Euro bereitstellen.
Um den Ausbau der frühkindlichen Bildung abzusichern, müssten allein bis 2015 Jahr für Jahr 17.000 neue Erzieher/innen an den Kindergärten und Kinderkrippen eingestellt werden. Zurzeit aber schließen jährlich nur 7.000 junge Menschen ihre Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien ab. Dies hat der Bildungsökonom Klaus Klemm errechnet.

Mobbing wirksam bekämpfen

Unter ***www.lehrer-online.de/mobbing*** können die Ergebnisse der Befragung von Expert/innen herunter geladen werden.

Ausführungen und Zusammenstellung

Dieter Staudt

News

Portal für Experimente

Das Internet-Angebot Tecnopedia der IHK soll helfen, bei Schülern Begeisterung für Technik und Naturwissenschaften zu wecken
„Man nehme ein Becherglas und fülle es mit verdünnter Salzsäure, anschließend lege man ein Ei hinein und lasse es ein paar Tage stehen." So beginnt das Experiment „Ein Ei mit Chemie schälen". Geeignet ist es den Angaben zufolge für Schüler der 8. bis 10. Klasse (also auch für z.B. Berufsfachschule DS); in den Kategorien Anschaulichkeit, Durchführbarkeit sowie Verständlichkeit der Anleitung erhält der Eier-Versuch jeweils fünf von fünf möglichen Sternchen.

Zu finden ist die Versuchsanleitung unter der Internet-Adresse www.tecnopedia.de, die am 25.11.2008 freigeschaltet worden ist. Das Portal ist ein Angebot von 31 Industrie- und Handelskammern. Es gehe darum, schon bei Schulkindern Interesse, Spaß und Neugier zu wecken für Technik und Naturwissenschaften.
Um das zu erreichen, wendet sich das neue Portal vor allem an Lehrer. Sie finden dort nicht nur Anleitungen für eindrucksvolle Experimente in Chemie, Physik, Biologie und anderen Wissensgebieten. Zugleich gibt es Informationen über Bezugsmöglichkeiten von Materialien, Angebote von Unternehmen für Schulklassen sowie Hinweise auf andere Aktivitäten, die geeignet sein könnten, „nicht nur Wissen, sondern auch Begeisterung" für Technik und Wissenschaft zu wecken, wie es der IHK-Geschäftsführer verlangt. Alle Angebote können nach regionaler Zuordnung aufgeschlüsselt werden. Wichtig sei der Mitmach-Charakter von Tecnopedia.
DE 26.11.2008

Zur Zukunft der berufsbildenden Schulen und zum Übergang von allgemein bildenden zu berufsbildenden Schulen in Hessen

Nach einer mehrmonatigen und intensiven Diskussion in der Landesfachgruppe Berufliche Schulen der GEW Hessen legte diese mit Beschluss vom 29. September 2008 die nachfolgende Position der GEW-Landesdeligiertenversammlung als Antrag vor. Diese beschloss den Antrag am 28.11.2008 ohne Gegenstimme. Im Vorfeld schon kamen aus der Technischen Universität Darmstadt und der Universität Bremen aus berufspädagogischem Munde zustimmende Rückmeldungen. Mit diesem Modell legen wir somit ein zukunftsfähiges Konzept vor, das andererseits in einer weiterführenden Diskussion durchaus noch weiterentwickelt werden kann und auch sollte. Es beinhaltet aber auch Grundsätze, hinter die kein wirkliches Zukunfts-Modell zurückgehen kann. Wir hoffen, dass dieses Konzept zu einer tatsächlichen und nicht nur kosmetischen Weiterentwicklung der beruflichen Schulen und des Übergangs von SEK-I in diese beitragen wird und fordern alle zur Diskussion und Rückmeldung auf.

Dieter Staudt

Vorbemerkung

Das Übergangssystem von den allgemein bildenden zu den berufsbildenden Schulen ist

- unübersichtlich und unabgestimmt
- zu lang und zu groß
- für viele Jugendliche perspektivlos
- volkswirtschaftlich ineffizient
- nimmt zuviel Lebenszeit und Ressourcen in Anspruch.

Zukunft der berufsbildenden Schulen

Ca. 8 Prozent der Schülerinnen und Schüler verlassen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss, ca. 25 Prozent der Absolvent/innen gehören zur sog. „Risikogruppe“. Damit ist nach den PISA-Studien gemeint, dass diese Personen nicht geeignet erscheinen, eine qualifizierte Ausbildung aufzunehmen und ohne Unterstützung erfolgreich absolvieren zu können. Der Hälfte der Jugendlichen ohne und mit Hauptschulabschluss ist auch nach 30 Monaten nach Eintritt in das Übergangssystem der Sprung in eine voll qualifizierende Ausbildung nicht geglückt.
Das durchschnittliche Alter der Anfänger im Dualen System der Berufsausbildung liegt inzwischen bei 19,2 Jahren.

All dies verweist auf zwei grundlegende Mängel:

1. Die allgemein bildenden Schulen können ihren Auftrag, jedem und jeder einen qualifizierten Sek-I-Abschluss zu ermöglichen, nicht bzw. nur unzureichend erfüllen. Gründe: Selektiver Charakter des gegliederten Schulsystems, mangelndes Personal für Unterstützungssysteme, mangelnde Ressourcen für Beratung und individuelle Förderung.
2. Viele Jugendliche werden im Anschluss an die allgemein bildende Schule in Übergangsmaßnahmen wie BVJ, BGJ, BFS oder Arbeitsamtsmaßnahmen geschickt, ohne dass sie eine Perspektive oder Garantie auf eine darauf aufbauende vollwertige qualifizierte Berufsausbildung oder einen studienqualifizierenden Bildungsgang haben.

Das duale System der Berufsausbildung ist zwar in der Lage, für die Mehrzahl der ausbildungswilligen Bewerberinnen und Bewerber eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Aufgrund seiner konjunkturellen und demographischen Abhängigkeit sowie seiner strukturellen Probleme kann es jedoch weder derzeit noch zukünftig allen ausbildungssuchenden jungen Menschen einen ihnen entsprechenden Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen.

Vor diesem Hintergrund ist

a. das allgemein bildende Schulwesen grundlegend zu reformieren und
b. in den berufsbildenden Schulen neben dem Dualen System der Berufsausbildung eine gleichwertige Säule der Berufsausbildung zu installieren.

Bei dieser Neustrukturierung sind zwei **Grundsätze** und **Ziele** unbedingt einzufordern:

1. Alle Jugendliche erhalten nach 10 Schuljahren in einer gemeinsamen Schule einen qualifizierten Sek-I-Abschluss (Mittlerer Bildungsabschluss). Berufsorientierung und Ausbildungsvorbereitung sind eingeschlossen. Die Berufsberatung sowie Kooperationen zwischen den allgemein- und den berufsbildenden Schulen werden bedarfsgerecht ausgebaut.
2. Alle Jugendliche erhalten das Recht, nach der Sekundarstufe I eine vollqualifizierende Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) dual oder vollschulisch/kooperativ oder nach Landesrecht zu absolvieren. Das Schulgesetz ist dementsprechend zu ändern.

Mit diesen Grundsätzen wird vorgeschlagen, das berufsbildende Schulwesen in Hessen wie folgt zu gliedern und zu strukturieren (s. Schaubild):

1. Berufsqualifizierende Bildungsgänge
2. Studienqualifizierende Bildungsgänge
3. Bildungsgänge der Weiterbildung
4. Produktionsschulen

1. Berufsqualifizierende Bildungsgänge

- Die Berufsschule als Teil der dualen Berufsausbildung wird so ausgebaut, dass sie die zukünftigen Anforderungen der Gesellschaft und der Arbeitswelt an die Absolvent/innen erfüllen kann.
- Neben der dualen Berufsausbildung wird eine Berufsfachschule etabliert. In dieser werden die bisherigen beruflichen Bildungsgänge Berufsgrundbildungsjahr, Berufsfachschule und Höhere Berufsfachschule zusammengefasst. Sie endet mit einem Berufsabschluss nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und ermöglicht parallel den Erwerb allgemein bil-

dender Abschlüsse bis hin zur Fachhochschulreife.

- Unter Anrechnung der erbrachten Leistungen gibt es in dieser Berufsfachschule flexible Ein- und Ausstiege sowie Übergänge nach den Voraussetzungen und Neigungen der Jugendlichen, z.B. in das duale System oder in studienqualifizierende Bildungsgänge.
- Betriebliche Praktika sind ein wesentlicher Bestandteil dieser neuen Berufsfachschule. Hierfür sind vielfältige Kooperationen und Patenschaften mit Betrieben herzustellen.
- Die Möglichkeiten des Erwerbs allgemein bildender Abschlüsse innerhalb der dualen Berufsausbildung sowie der Berufsausbildung in der Berufsfachschule sind auszubauen.

2. Studienqualifizierende Bildungsgänge

Die studienqualifizierenden Bildungsgänge Fachoberschule und Berufliches Gymnasium sind zu stärken und auszubauen. Zwischen ihnen und zu den berufsqualifizierenden Bildungsgängen – duale Berufsausbildung und neue Berufsfachschule - sind flexible Übergänge mit Anrechnung der bisher erbrachten Leistungen zu schaffen.

3. Bildungsgänge der Weiterbildung

- Zwischen Kultusministerium und Wissenschaftsministerium ist zu vereinbaren, dass Teile der Fachschulausbildung in einem anschließenden Studium angerechnet werden.
- Den berufsbildenden Schulen ist die Möglichkeit zu geben, sich neben den traditionellen Fachschulen im Rahmen des staatlichen Bildungsauftrags an den regionalen Prozessen lebensbegleitenden Lernens durch Kooperationen sowie durch personelle und sächliche Ressourcen zu beteiligen. Die Eigenständigkeit der berufsbildenden Schulen bleibt gewahrt.

4. Produktionsschule

Diese Einrichtung steht grundsätzlich allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen offen, die Beratungs-, Orientierungs- und Nachholbedarf haben (z.B. Abgänger der Sek. I, Ausbildungs-, Studien- und Schulabbrecher der Sek. II). Das didaktische Modell ist die Einheit von Lernen und Arbeiten in und durch die Produktion von Gebrauchswerten.

Weiteres

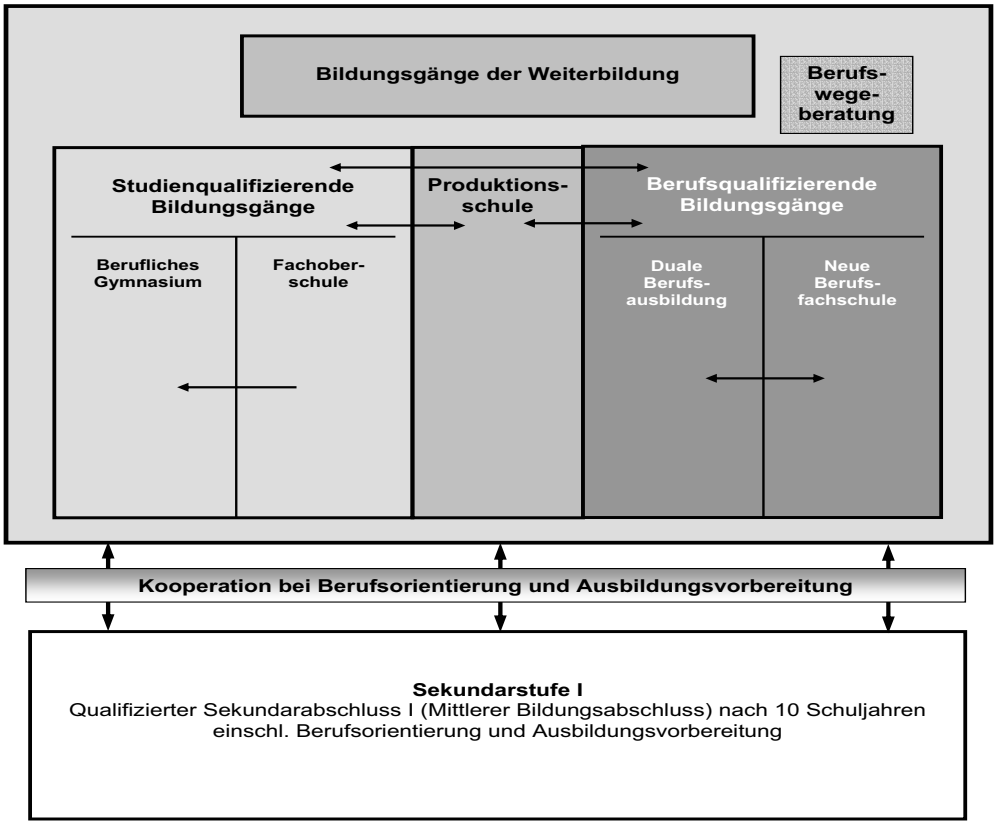
- In allen Bildungsgängen und Angeboten der berufsbildenden Schulen ist das Prinzip der individuellen Förderung zu verankern. Die hierfür erforderlichen personellen und sächlichen Voraussetzungen sind zu schaffen.
- Die berufsbildenden Schulen sind als Lebens- und Bildungsräume mit ganztägigem Betrieb zu organisieren. Hierfür sind - wie für die allgemein bildenden Schulen - die notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.
- Zwischen den allgemein- und den berufsbildenden Schulen sind entsprechend dem regionalen Bedarf Kooperationen bei der Berufsorientierung und der Ausbildungsvorbereitung auszubauen.
- An den berufsbildenden Schulen wird ein in sich konsistentes qualifiziertes System der Berufswegeberatung eingerichtet, solange es kein staatlich organisiertes, von Bildungsanbietern und Bildungseinrichtungen unabhängiges Beratungssystem gibt. Die hierfür erforderlichen sächlichen und personellen Voraussetzungen werden zur Verfügung gestellt.
- Diese neue Struktur der berufsbildenden Schulen sollte sich auch in einer Änderung der Bezeichnung widerspiegeln. Es wird vorgeschlagen, die Bezeichnung „Berufskolleg“ zu verwenden. Diese Bezeichnung verweist nicht zuletzt auch darauf, dass in dieser Einrichtung vornehmlich junge Erwachsene lernen.
- Die Finanzierung einer Berufsausbildung, die allen jungen Menschen eines Jahrgangs einen Ausbildungsplatz ermöglicht, ist von Staat und Privatwirtschaft in kooperativer Form zu gewährleisten, wobei alle Betriebe und Verwaltungen als Nutznießer der qualifizierten Arbeitskräfte herangezogen werden.

Beschluss der Landesdeligiertenversammlung der GEW Hessen vom 28. November 2008

Zukunft der berufsbildenden Schulen

Zukunftsmodell für die berufsbildenden Schulen in Hessen

- Lebens- und Bildungsräume mit ganztägigem Betrieb
- Prinzip der Individuellen Förderung in allen Bildungsgängen



Projekt gegen Rassismus und Ausgrenzung

Schülerinnen und Schüler der Klasse BFO2 der beruflichen Schulen Berta Jourdan in Frankfurt am Main erhalten den 1. Preis beim Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2008

Bereits zum vierten Mal schrieb der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ aus. Schülerinnen und Schüler von Berufsschulen, Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen und Mitglieder von Gewerkschaften waren aufgerufen, Beiträge gegen Ausgrenzung, Rassismus und für Gleichberechtigung in der Arbeitswelt einzusenden. Die Preisverleihung fand am 4. Dezember 2008 in Hannover statt.

Projekt gegen Rassismus

Den 1. Preis von über 50 Wettbewerbsbeiträgen erhielt die Klasse BFO2 der beruflichen Schulen Berta Jordan in Frankfurt am Main.

„Beeindruckend an dem Projekt ist die Vielseitigkeit und die enorme Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler. Sie setzten sich inhaltlich mit dem Thema Rassismus, Ausgrenzung und Mobbing auseinander und haben ihre Ideen in eine andere Schule weiter getragen,“ ist der Begründung für die Preisverleihung zu entnehmen.

Die Klasse entwickelte im Fach Medienpädagogik eine Projektarbeit unter dem Titel „ Die gelbe Hand“. Die Schülerinnen und Schüler informierten sich zum Thema Rassismus, Ausgrenzung und Mobbing und überlegten selbstständig, wie sie das Thema aufarbeiten möchten. Sie entschieden sich, einen Song zu schreiben und zu singen.

Zitat aus der Beschreibung der Schülerinnen und Schüler über die Projektarbeit: „Ein Mädchen aus unserer Klasse (Rabia) schrieb ein Lied über diese Themen. Es berührte uns alle und wir übten, es zusammen zu singen. Unserer restliche Klasse sangen wir es vor und sie gaben uns Ratschläge, was wir besser machen könnten.“

Daraufhin kontaktierten die Schülerinnen und Schüler die Schwanthaler Schule in Frankfurt. Sie schrieben einen Brief an den Schulleiter und fragten, ob sie das Thema und ihren Song in einer Klasse präsentieren können. Es wurde außerdem ein Rollenspiel eingeübt, mit dem das Thema vorgestellt werden sollte. Außerdem entwickelten sie ein Logo und Plakate. Um auch eine Rückmeldung zu erhalten, wie ihr Projekt bei den anderen Schülerinnen und Schülern ankommt, wurde ein Evaluationsbogen erarbeitet.

Nach den positiven Rückmeldungen wurde der Song professionell in einem Tonstudio aufgenommen, nachdem zuvor geklärt war, dass die Kosten vom Förderverein der Schule getragen werden.

Um mit den Themen und mit ihrem Song über die Teilnahme an dem Wettbewerb hinaus in die Öffentlichkeit gehen zu können, haben sich die

RAP gegen Rassismus

- Sei du selbst –

Machst du auch die Trennung zwischen
schwarz und weiß?
Denk was and eres und lass den Scheiß.
Lass die Hautfarbe im Hintergrund,
nimm es endlich wahr, die Welt ist bunt.

Brüderlichkeit geht vor.
Heben wir unsere Liebe hervor.
Verewigen wir unsere Bereitschaft,
in die kommende Freundschaft.

Refrain:
Ist Solidarität dir bekannt?
Hat es mal jemand dir vorgenannt?
Sei gegen den Rassismus effektiv,
somit sind wir doch gemeinsam aktiv.
(2x)
Sei du selbst, Sei du selbst,
sei stark,
sei kreativ.

Wir sind alle Menschen und keine Rassisten.
Wie willst du dich in die Gesellschaft einnisten?
Mit einem Wort, fehlt dir die Emotion,
du machst doch immer so ´ne riesige Aktion.

Sprachen, Herkünfte, Religionen,
es gibt viele verschiedene Traditionen.
Jeder Mensch hat eine andere Kultur,
doch gemeinsam stammen wir aus der selben Natur.

Refrain

Antirassismus ist unser Ziel.
Rassisten sind uns viel zu viel.
Lass die Vergangenheit im Altbestand,
Gib endlich auf und reich uns deine Hand.

Alle Menschen laufen Hand in Hand.
Wir zerstören gemeinsam die Rassismus-Wand.
Doch willst Du immer noch nicht dazu gehören,
dann kriegst du dieses Lied immer wieder zu hören.

Refrain (2x)
Rabia Cinar

Schülerinnen und Schüler mit dem Hessischen Rundfunk in Verbindung gesetzt. Obwohl der Hessische Rundfunk den Schülerinnen und Schülern bestätigte, dass der Song sehr gut und professionell aufgenommen sei, hat er es bisher abgelehnt, den Song und das Projekt in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Den Song (Text siehe Kasten) kann man sich unter ***http://www.gelbehand.de/beitrag._aWQ9NjQ4Nw_.html*** anhören. Dort finden sich auch weitere Infos zum Wettbewerb und zu dem Verein

Präsentation des Songs in der Klasse

Schülerinnen und Schüler der BF O2 der beruflichen Schulen Bertha Jordan präsentieren ihren Song an der Schwanthaler Schule

Projekt gegen Rassismus

Selbstdarstellung des Vereins

MACH MEINEN KUMPEL NICHT AN!

Was ist die Gelbe Hand?

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ engagiert sich schon seit über zwanzig Jahren gegen Rassismus und tritt für die gleichen Rechte für alle ein. Die Ursprünge des Vereins liegen in der Aktion „SOS racisme“, die in den 1980er-Jahren in Frankreich entstand.
Unter dem Logo der Gelben Hand wurde 1986 von der Redaktion des Gewerkschaftsmagazins „ran“ und der Gewerkschaftsjugend schließlich „Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V. gegründet. Die Gelbe Hand wurde im Laufe der Jahre immer mehr zum übergreifenden Symbol gegen Fremdenfeindlichkeit. Damit kann jede und jeder in der Öffentlichkeit zeigen: „Ich bin gegen Rassismus!“

Was machen wir?

Unser Schwerpunkt liegt in der aufklärenden und präventiven Tätigkeit. Wir unterstützen Jugendliche und Erwachsene in ihrem sozialen und politischen Engagement für die Gleichberechtigung von Migrantinnen und Migranten. Dies umfasst die Arbeitswelt aber auch Aktionen im Jugend-, Schul- und Sportbereich. Wir geben monatlich den Newsletter „Aktiv+Gleichberechtigt“ heraus, der über Aktivitäten gegen Rassismus in Betrieben berichtet, über Projekte für Gleichberechtigung informiert sowie Broschüren und Filme zum Thema vorstellt.

Auf unserer Website können Interessierte den Newsletter online bestellen, sich die bisher prämierten Beiträge anschauen, Broschüren herunterladen und vieles mehr.
Wir beraten gerne Gewerkschaften, Initiativen, Schulklassen und Einzelpersonen in ihren Aktivitäten. Bitte setzen Sie sich mit uns in Verbindung.

Wer unter dem Signet der Gelben Hand Aktionen durchführen möchte, sollte ebenfalls Kontakt mit uns aufnehmen.
Wir freuen uns über Hinweise und neue Ideen unsere Arbeit betreffend. Auch für sonstige Wünsche, Anregungen und Kritik sind wir dankbar.

KONTAKT

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 93
info@gelbehand.de
www.gelbehand.de

Berufseinstiegsbegleitung - ein neues Angebot für junge Menschen

Mit dem Entwurf zur Änderung des SGB III- „Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen“ will die Bundesregierung neue Angebote für förderungsbedürftige Jugendliche schaffen. Die Berufseinstiegsbegleitung soll als ein weiterer Mosaikstein in den Übergang Schule - Arbeitswelt eingefügt werden.

Von den Hauptschulabsolventen des Schuljahres 2005/2006 wollten mehr als 90 % eine Ausbildung im dualen System anfangen. Tatsächlich gelang dies jedoch nur 35,7 % der Jugendlichen unmittelbar. Im Rahmen einer modellhaften Erprobung an 1.000 Schulen sollen nun Berufseinstiegsbegleiter(innen) Schülerinnen und Schüler beim Übergang von der allgemein bildenden Schule in die Ausbildung unterstützen und dadurch deren berufliche Eingliederung erleichtern. Berufseinstiegsbegleitung ist als neue Maßnahme zur individuellen Begleitung und Unterstützung förderungsbedürftiger Jugendlicher geplant, um die Eingliederung der Jugendlichen in eine berufliche Ausbildung zu erreichen.

Berufseinstiegsbegleitung

Ziele

Mit dem neuen § 421s SGB III „Berufseinstiegsbegleitung“ sollen Jugendliche beim Übergang von der allgemein bildenden Schule in eine berufliche Ausbildung unterstützt werden. Damit sollen mehr Jugendliche den Schulabschluss schaffen sowie Ausbildungsabbrüche wegen falscher Berufsvorstellungen zurückgehen.

Inhalte

Unterstützt werden insbesondere das Erreichen des Abschlusses einer allgemein bildenden Schule, die Berufsorientierung und -wahl, die Suche nach einem Ausbildungsplatz und die Stabilisierung des Ausbildungsverhältnisses. Darüber hinaus kann der Berufseinstiegsbegleiter auch bei der Herstellung der Ausbildungsreife mithelfen.

Methode

Die Berufseinstiegsbegleitung soll bereits während des Besuchs der Vorabgangsklasse der allgemein bildenden Schule beginnen, damit hinreichend Zeit besteht, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und der Jugendliche bereits frühzeitig auf die Unterstützung der Berufseinstiegsbegleitung zurückgreifen kann. Im Regelfall beginnt die aktive Bewerbungsphase spätestens ein Jahr vor dem Verlassen der allgemein bildenden Schule. Die Begleitung endet ein halbes Jahr nach Beginn einer beruflichen Ausbildung, spätestens 24 Monate nach Beendigung der allgemein bildenden Schule. Für weitergehende Hilfen kann dann auf das Regelangebot der Agenturen für Arbeit zurückgegriffen werden.

Akteure

- **Jugendliche** sind förderungsbedürftig, wenn sie voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, den Abschluss der allgemein bildenden Schule zu erreichen und den Übergang in eine berufliche Ausbildung zu bewältigen.
- **Schulen:** 1.000 ausgewählte allgemein bildende Schulen (ca. 8%) (einschließlich Sonderschulen für behinderte Menschen) nehmen an der Erprobung teil. Schulen mit einer hohen Anzahl von Schülern mit Migrationshintergrund sind im besonderen Maße zu berücksichtigen, ebenso Sonderschulen. Die Auswahl der zu begleitenden Schüler erfolgt in Absprache mit Lehrern sowie Schulsozialarbeitern.
- **Träger** der Maßnahmen sollen unterschiedliche Fachrichtungen von Berufseinstiegsbegleitern beschäftigen. Der Träger hat mit Dritten, die Schüler derselben Schule bei der Berufsorientierung und -wahl unterstützen, eng zusammenzuarbeiten.
- **Berufseinstiegsbegleiter** sind fest beschäftigte Personen, die aufgrund ihrer Berufs- und Lebenserfahrung für die Begleitung besonders geeignet sind. Hierzu zählen insbesondere Personen mit praktischer Erfahrung in den dualen Ausbildungsberufen, mit Führungserfahrung, Ausbildungserfahrung oder sozialpädagogischer Berufserfahrung.
- **Ehrenamtliche Dritte:** Die neue Leistung soll bestehende ehrenamtliche Ausbildungspatenschaftsprojekte ergänzen, die von Verbänden, Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften oder anderen Organisationen ins Leben gerufen wurden und in denen ehrenamtlich engagierte Bürger junge Menschen beim Übergang in eine Berufsausbildung unterstützen.

Maßnahmekosten

Ein Berufseinstiegsbegleiter soll in der Regel höchstens zwanzig Jugendliche gleichzeitig begleiten. Jedem Jugendlichen ist ein Berufseinstiegsbegleiter zuzuordnen. Die Kosten je begleitetem Jugendlichen werden mit 2.000,- € kalkuliert. Bis zum Jahr 2014 werden im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit 240 Millionen Euro an Mehrausgaben geschätzt.***BIBB 07.11.2008***

Der Regionaldirektion Hessen wurden insgesamt 68 Berufseinstiegsbegleiter zugewiesen. Die Ausschreibung läuft vom 3. – 27.11. 2008, der Zuschlag erfolgt am 30.12.2008, die Maßnahme beginnt am 01.02.2009. Die ausgesuchten Schulen können bei den Staatlichen Schulämtern erfragt werden.

Zum Rätseln!

1. Wieviel Sprachen werden weltweit gesprochen?
2. Welche Sprache wird am meisten weltweit gesprochen?

Auflösung auf S. 31

AGD-Beschlüsse zu Selbstständiger Schule und vollschulischer Ausbildung

Vorbemerkung der Redaktion: Die Arbeitsgemeinschaft der 106 Direktorinnen und Direktoren an beruflichen Schulen in Hessen (AGD) hat auf ihrer Jahrestagung am 3. Dez. 2008 ohne Gegenstimmen zwei Beschlüsse gefasst, die aufgrund ihrer zentralen wie auch aktuellen Thematik der Öffentlichkeit präsentiert werden sollen.

Selbstständige Schule zum 01.01.2010

Die Mitglieder der AGD erklären ausdrücklich, dass sie an den Zielsetzungen der „Selbständigen Schule“ nur dann mitarbeiten werden, wenn die nachfolgenden Bedingungen, insbesondere die Ressourcenfragen erfüllt sind.

Zur Selbstständigkeit gehört die Rechtsfähigkeit und die Forderung, den Schulen das Budget in den Bereichen Personal- und Sachausstattung zur Verfügung zu stellen, über das sie selbstverantwortlich, bei gegenseitiger Deckungsfähigkeit, entscheiden und verfügen können.[1]

Zur erfolgreichen Verwirklichung bedarf es unbedingt der Realisierung folgender konkreter Schritte:

Allen beruflichen Schulen in Hessen soll ein höheres Maß an Selbständigkeit ermöglicht werden. Dazu ist rechtzeitig ein konkreter und detaillierter Zeit- und Organisationsplan bzw. ein „Masterplan“ erforderlich. Ein solcher Plan soll durch das Kultusministerium im Vorfeld den Schulen vorgelegt werden, spätestens zum Schuljahresbeginn 2009.

Der Masterplan soll konkrete, verbindliche Zielvorgaben enthalten. Das, was von den Schulen ab 1. Januar 2010 verlangt wird, muss präzise beschrieben werden, damit sich die Schulen darauf einstellen können und in den Kollegien eine konstruktive Auseinandersetzung auf der Grundlage eines Soll – Ist – Vergleichs erfolgen kann.

Wir erwarten, dass schon im Haushaltsjahr 2009 die nötigen Mittel für Beratung und Fortbildung zur Verfügung gestellt werden und im Masterplan enthalten sind. Die derzeit vorhandenen Minimalbudgets (Kopfprämien) sind völlig unzureichend. Dies gilt besonders für die Bereiche Budgetrecht und Qualitätsmanagement. Schließlich verpflichten sich die Schulen im Gegenzug zur Einführung von Q2E als Qualitätsmanagementkonzept.

1. Es ist unumgänglich, dass an allen Schulen mindestens eine zusätzliche Verwaltungskraft zur Verfügung steht. Die Personalmaßnahmen dazu müssen spätestens im Sommer 2009 begonnen werden können. Bei der Personalauswahl muss der Qualifikation von Bewerbern Vorrang vor anderen Überlegungen, wie z. B. Versetzungen aus staatlichen Ämtern, haben.

2. Für die mit dem Veränderungsprozess einhergehenden neuen Funktionen und Assistenzen erwarten wir ebenfalls die Zuweisung von mindestens einer zusätzlichen Planstelle, damit die erforderliche Arbeitszeit durch die Freistellung vom Unterricht bereitgestellt werden kann.

3. Damit die Entscheidungsspielräume der selbständiger werdenden Schulen nicht durch vorhergehende Maßnahmen eingeengt werden, halten wir es für dringend erforderlich, dass die Entscheidungen über die infrage gestellten Standorte für gefährdete Ausbildungsberufe um mindestens ein Jahr (also von 2009 auf 2010) verschoben werden.

4. Die erfolgreiche Übertragung der Ergebnisse des Modellversuchs ist unmittelbar daran gebunden, dass die Entlastung der Schulleitungsmitglieder gegenüber der jetzigen Situation deutlich erhöht wird. Dies betrifft sowohl die stellvertretenden Schulleiterinnen und Schulleiter als auch die Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleiter, welche die anstehenden Zusatzaufgaben nur dann erfüllen können, wenn sie auch im Umfang einer vollen Stelle für stellvertretende Schulleiterinnen und Schulleiter sowie einer halben Stelle für jede Abteilungsleiterin oder jeden Abteilungsleiter entlastet werden.

[1] Wir erinnern in diesem Zusammenhang an den einstimmigen Beschluss des Landtags, der vor der Übertragung der Personal und Budgethoheit auf alle beruflichen Schulen eine Evaluation vorsieht. Auch die Übertragung der Sachmittel der Schulträger ins Schulbudget könnte durch eine Empfehlung des Hessischen Städtetages und Landkreistages erleichtert werden.

Evaluierung der Berufsausbildung an der zweijährigen Höheren Berufsfachschule (Assistentenberufe)

Kürzlich legte die HessenAgentur GmbH o.a. Studie vor, die aufgrund der Forderung des Landesausschusses für Berufsbildung durch Wirtschafts- und Kultusministerium beauftragt wurde. Hintergrund war die Möglichkeit nach § 3(2) BBiG, durch Landesrechtsverordnung für die Assistentenberufe (Höhere Berufsfachschule) nach Landesrecht die Zulassung zu Kammerprüfungen zu regeln.

Die Studie erbrachte, „dass die duale Ausbildung als Königsweg der Berufsqualifizierung auf mittlerem Niveau angesehen und akzeptiert wird“. Andererseits haben die Befragungen der Schüler ergeben, dass „aus deren Sicht die Assistentenausbildung insgesamt positiv bewertet wird“.

Die Studie zieht am Ende Schlussfolgerungen und formuliert Empfehlungen an die Wirtschaft, die Kammern und das HKM.

Auch die AG der Direktoren an beruflichen Schulen stellt fest, dass das duale System der Berufsausbildung für die darin ausgebildeten jungen Menschen in der Regel eine qualifizierte Berufsausbildung bietet. Sie stellt jedoch auch fest, dass das duale System in seiner Abhängigkeit von konjunkturellen Schwankungen und strukturellen Verwerfungen nicht in der Lage ist, allen ausbildungswilligen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung anzubieten. Die AGD ist vor diesem Hintergrund der Auffassung, dass neben dem dualen System eine vollschulische Ausbildung in hoher Kooperation mit Betrieben so zu konstruieren ist, dass sie durch die Zulassung zur Kammerprüfung und durch intensive betriebliche Praktika durch die Wirtschaft anerkannt wird und ihre eigenständige, gleichwertige, konjunkturell und strukturell unabhängige Positionen erhält. In anderen Ländern wie z.B. Österreich ist dies gelungen.
Mit dieser Position fordert die AGD das Kultusministerium auf, die Assistentenberufe in dieser Richtung zu entwickeln. Die AGD bietet gerne ihre Mitarbeit an, bei der Neustrukturierung der vollschulischen Ausbildung mitzuarbeiten.

Die Studie kann digital bei D. Staudt angefordert werden.

LAB zur Assistentenausbildung

Der LAB bittet das HKM über die weitere Planung und Ausgestaltung der Berufsausbildung an den zweijährigen Höheren Berufsfachschulen (Assistentenberufe) bis Oktober 2009 einen Strukturvorschlag vorzulegen, der die künftige Zieldefinition und Entscheidungsstruktur beinhaltet, um dem LAB bereits für das Schuljahr 2010/11 Schlussfolgerungen für die Gestaltung der Ausbildung in die Assistentenberufe geben zu können.

Der LAB bittet außerdem, das HKM unter Einbeziehung der Regionaldirektion für Arbeit Hessen zeitnah die bestehenden Ausbildungsgänge im Hinblick auf die regionalen Bedarfe und arbeitsmarktliche Verwertbarkeit zu untersuchen.

Die Bundesagentur für Arbeit wird gebeten, die Berufsberater/innen über die Möglichkeiten der Assistentenberufe noch intensiver zu informieren, damit die Schulabgänger/innen zielgerichteter beraten werden können.

Der LAB empfiehlt weiter die Entwicklung eines gemeinsamen Informationspapiers von HKM und den Kammern, das über die Modalitäten der Externenprüfung informiert.

Zur Erreichung des Ziels, Absolvent/innen von Assistentenberufen die Perspektive auf einen Abschluss in einem Beruf nach BBiG oder HwO zu ermöglichen, ist eine Landesverordnung nicht erforderlich.

Anmerkung: Der LAB (Landesausschuss für Berufsbildung) ist das - drittelparitätisch besetzte - höchste Beratungsgremium in Sachen Aus- und Weiterbildung für die Landesregierung. Dieter Staudt

Erfahrung hat Zukunft

Projekt „Erfahrung hat Zukunft“ – Randstad kündigt!

Im obigen Programm wurden für eine Laufzeit von 18 Monaten Arbeitslose über 50 Jahren für 18 Monate eingestellt und als „Arbeitscoaches“ oder „Pädagogische Servicekräfte in den Schulen eingesetzt.

Die Grundlage bildeten Kooperationsverträge zwischen Randstad bzw. der Randstad Stiftung und dem Lande Hessen, wonach diese Personen 12 Monate an den Schulen eingesetzt werden und in weiteren 6 Monaten durch Randstad Einsatzmöglichkeiten in Unternehmen der freien Wirtschaft bereitgestellt werden sollten, um die Programmteilnehmer wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mit Datum 02.11.2008 wird nun den Schulen mitgeteilt, dass aufgrund erster Anzeichen wirtschaftlicher Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise Randstad sich veranlasst sieht, „unser freiwilliges Engagement im Programm Erfahrung hat Zukunft auf den organisatorischen Personalführungsbereich zu beschränken“.

Übersetzt: Randstad zieht sich aus der eingegangenen Verpflichtung zurück, diesem Personenkreis den Übergang in das Arbeitsleben in den letzten 6 Monaten zu ermöglichen. Rechtlich erfolgt dies durch eine Kündigung des Kooperationsvertrages zum 31.10.2008.

Für die Schulen bedeutet dies, dass sie diese Personen 6 Monate länger behalten, für die betroffenen Menschen aber heißt dies, dass sie – wie ihnen die Bundesagentur für Arbeit schreibt – „im verbleibenden Beschäftigungszeitraum alle Möglichkeiten (selbstständig DS) nutzen sollen, um nahtlos in ein möglichst unbefristetes sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis einzumünden“.

Fazit:

Lernt das den Kooperationspartner Staat etwas?

Sv+ - Kritisches zum Stand

Die Übertragung von sv+ wird diskutiert und es scheint sich zu bewahrheiten, was Prof. Richard Huisinga auf der GEW-Fachtagung 2004 zu sv+ gesagt hat: „Es handelt sich hierbei nicht um ein Modellprojekt, sondern um eine Umsetzungsstrategie!“ Eine Evaluation von sv+ wird - obwohl vom Landtag beschlossen - vom Ministerium nicht ernsthaft angegangen.
Auch die GEW hat sich auf ihrer Landesdelegiertenversammlung in Wetzlar mit dem Thema befasst. In dem Beschluss stellt die GEW Hessen der betriebswirtschaftlich verfassten Schule (sv+-Kernschulverfassung) die „demokratisch verfasste Schule“ gegenüber. Der Beschluss kann bei Ralf Becker (becker.ralf@vobis.net) angefordert werden.

Fachtagung in Hanau

Am 29.10. fand an der Ludwig Geißler Schule in Hanau die Fachtagung zu sv+ statt. Ziel der Projektleitung: Für sv+ werben! Da auf einer als Werbeveranstaltung geplanten Fachtagung nicht davon auszugehen war, dass Kritik dort ihren Platz findet, verteilten Fachgruppenmitglieder, unterstützt von Kolleginnen und Kollegen des Kreisverbands Hanau, vor dem Veranstaltungsort Flugblätter, die auch gerne genommen wurden.
Die Begrüßungsreden waren so, wie sie nun mal sind. Wer glaubte, bei dem Referat der wissenschaftlichen Begleitung neue wissenschaftliche Einsichten zu erlangen, musste sich mit einer Powerpoint-Präsentation mit Allgemeinheiten zufrieden geben. Das anschließende Referat zum Selbstorganisierten Lernen war dann leider nur eine Ansammlung pädagogischer Altagsweisheiten („Man soll Schüler nicht über- und nicht unterfordern“) und der Versuch einer Kopie des Abschlussvortrags. Hier hätte der Referent aufgrund seiner Erfahrungen bestimmt mehr sagen können zur Praxis des Selbstorganisierten Lernens.
Interessanter war die Projektbörse. Hier zeigten sv+-Schulen, was sie bereits umsetzen. Dabei waren viele Unterrichtsprojekte, die auch für andere Schulen anregend sein können. Auf die Frage, was die Projekte mit sv+ zu tun haben, war die einmütige Antwort der Befragten, dass es zusätzliche Ressourcen und Unterstützung durch die Schulleitung gegeben habe.
Auch der Abschlussvortrag bestätigte den Charakter der Fachtagung als Werbeveranstaltung. Mit Herrn Müller aus der Schweiz wurde der Thomas Gottschalk der SOL-Szene präsentiert. Sein Vortrag, zugegebenermaßen sehr gutes Entertainment, war eine Anreihung pädagogischer Alltagsweisheiten. Neu war nur die These „vom Kollektivismus zum Individualismus“, die dann doch stutzig macht.

Ein Lob muss ausgesprochen werden an das Kollegium und die Schülerinnen und Schüler der Ludwig-Geißler-Schule, die den Rahmen für die Fachtagung hervorragend gestaltet hatten.

Evaluation und Übertragung ab 2010

Im Beschluss vom 17.11.2007 wurde vom Landtag eine Evaluation vor einer Übertragung von Ergebnissen auf alle berufsbildende Schulen gefordert. Hierzu war eine Stelle am IfQ ausgeschrieben, die mangels Bewerbung nicht besetzt werden konnte. Die Tatsache, dass es schon einen Workshop gab, der einen ersten Entwurf für den Transfer von sv+ erarbeitete, lässt die Vermutung aufkommen, dass das Ministerium den Landtagsbeschluss nicht umsetzten will. Eine Verletzung demokratischer Regeln erster Güte!
Aber auch Schulleiterinnen und Schulleiter inner- und außerhalb von sv+ fordern eine Evaluation. Der Schulleiter der PPC Limburg, Heinz Metternich, hatte auf der Fachtagung in Hanau die Evaluation indirekt eingefordert, indem er sinngemäß sagte: „Lasst uns erst mal unsere Erfahrungen machen und sehen, was wir damit erreichen, bevor über einen Trans-

Sv+-Fachtagung in Hanau: GEW-Flugblätter finden reges Interesse

fer nachgedacht wird!“
Begrüßenswert ist auch in diesem Zusammenhang der Beschluss der Schulleiterinnen und Schulleiter aller Beruflichen Schulen zum Transfer von sv+, der sich zum einen einer Wertung von sv+ enthält und die Evaluation einfordert und zum anderen Mindestanforderungen im Bezug auf die notwendigen Ressourcen formuliert. (Abdruck in diesem Heft)

Verlängerung

Für die Verlängerung sollen sich die sv+-Schulen wieder bewerben. Hierzu ist eine Zustimmung der Schul- und Gesamtkonferenz bis Ende dieses Schuljahres notwendig. Es liegt ein erster Konzeptentwurf vor, der im wesentlichen das bisherige fortschreibt. Neu ist nur die Forderung, „Der Unterricht ist geprägt von selbstorganisiertem und individualisiertem Lernen.“ Zum individualisierten Lernen sind jedoch keine Schulen notwendig und, wenns dann noch selbstorganisiert erfolgt, auch keine Lehrkräfte.

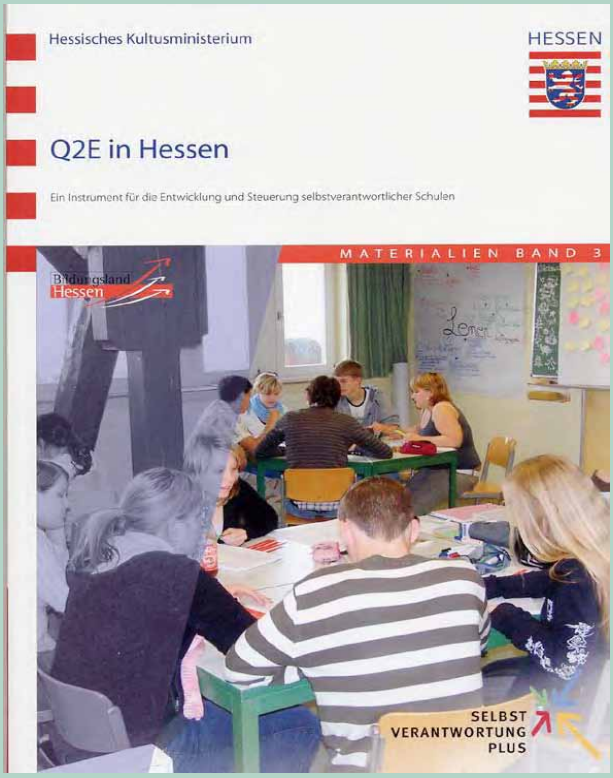
Soll dies das Plus an sv+ werden?

Ralf Becker

Neue Broschüre „Q2E in Hessen“

Das Qualitätsmanagementsystem Q2E (Qualität durch Evaluation und Entwicklung) ist inzwischen an allen 17 SV+-Schulen eingeführt. Die entscheidenden Auswahlkriterien waren: „Q2E ist ein schulspezifisches Instrumentarium, das mit schweizerischen Berufsschulen und Gymnasien entwickelt wurde und daher diejenigen schulspezifischen Eigenheiten berücksichtigt, die mit der Gestaltung von pädagogischen und didaktischen Prozessen verbunden sind. Q2E bildet das Kerngeschäft Unterricht ab und verzichtet auf einen betriebswirtschaftlichen Sprachgebrauch. Da Q2E ausreichend erprobt ist, liegen gut ausgearbeitete Handreichungen vor, die den Schulen die Implementierung erleichtern.“
Es ist davon auszugehen, dass das Q2E-Modell das Qualitätsmanagementsystem sein wird, das von den beruflichen Schulen implementiert werden soll/muss. Um für die Einführung von Q2E zu werben, hat das Kultusministerium nunmehr die 60-seitige Broschüre „Q2E in Hessen – Ein Instrument für die Entwicklung und Steuerung selbstverantwortlicher Schulen“ herausgegeben. Diese Broschüre stellt aus Sicht der Projektleitung den derzeitigen Stand und die Erfahrungen der 17 SV+-Schulen von der Auswahl des Q2E-Modells bis zur Einführung wie auch die dabei entwickelten Instrumente und Werkzeuge dar. „Die Materialiensammlung richtet sich an alle Schulen, die vor der Aufgabe stehen, Prozesse intern zu optimieren und die die Erfahrungen und Ergebnisse des hessischen Weges beim Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems nutzen möchten“, so Kultusminister Banzer in seinem Vorwort.
Nach Durcharbeit lässt sich Folgendes sagen:
Die von Minister Banzer angekündigte Funktion kann die Broschüre nicht ausfüllen, sie ist kein Handbuch für die Einführung von Q2E. Sie bietet aber einen guten Einblick in das, was Q2E ist. Zudem plaziert sie Q2E vor seinem ideologischen Hintergrund, der neuen Verwaltungssteuerung (NVS).
Die Broschüre kann als pdf-Datei (2,7 MB) bei Ralf Becker (becker.ralf@vobis.net) angefordert werden.

Ralf Becker



Q2E in Hessen

Prüfungstest für Auszubildende

Mit einem kostenlosen Onlinetest können Auszubildende vor ihrer Abschlussprüfung ihr Wissen testen:
Auf der Internetseite
www.pruefungscheck.com
stehen für zahlreiche IHK-Ausbildungsberufe unterschiedliche Prüfungen zur Verfügung: wie z. B. für Bank-, Büro-, oder Industriekaufleute, Floristen oder Kaufleute im Einzelhandel. Für die Beantwortung von zehn Fragen haben Internetnutzer maximal 20 Minuten Zeit.

Nur Sekundenbruchteile nach der elektronischen Abgabe des Tests wird das Ergebnis angezeigt und die Teilnehmer erhalten eine Auswertung nach dem Schema der Industrie- und Handelskammern.

Die Fragen sind gut gemischt, der Schwierigkeitsgrad reicht von einfach bis anspruchsvoll. Wie lange die Teilnehmer noch Zeit bis zur Abgabe haben, zeigt eine Uhr auf dem Bildschirm. Danach können sie sehen, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt und sich gezielt auf ihre Prüfung vorbereiten.

BIBB legt erste Analyse zur Ausbildungsmarktentwicklung 2008 vor:

Rückgang bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen - Dennoch weitere Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt

Mit rund 616.600 neuen Ausbildungsverträgen wurden im Zeitraum vom 1. Oktober 2007 bis 30. September 2008 bundesweit ca. 9.300 bzw. 1,5 % weniger Ausbildungsverhältnisse begonnen als im Jahr zuvor. Dies ist das Ergebnis der Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) zum 30. September 2008. Angesichts sinkender Schulabgänger (-34.600) und Altbewerberzahlen (-64.400) war die Ausbildungsmarktlage für die Jugendlichen dennoch besser als 2007. Allerdings waren Ende September immer noch rund 84.200 Ausbildungsstellenbewerber ohne Lehrstelle und weiterhin auf Ausbildungsplatzsuche, und der Aufschwung auf dem Ausbildungsmarkt flachte in den letzten Monaten merklich ab.

Ursache für den Rückgang ist im Wesentlichen der Abbau an außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen, die seit der Wiedervereinigung in Ostdeutschland zum Ausgleich von fehlenden betrieblichen Lehrstellen eingerichtet werden. Da aber die Zahl der Schulabgänger in Ostdeutschland sehr stark sinkt, wurde der Umfang der öffentlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildung gezielt reduziert. Insgesamt wurden in Ostdeutschland rund 113.800 neue Ausbildungsverträge registriert, ca. 11.300 bzw. 9,0 % weniger als im Vorjahr.

Trotz des deutlichen Vertragsrückgangs setzte sich die seit 2006 zu beobachtende Entspannung auf dem ostdeutschen Ausbildungsmarkt fort. Denn die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen nahm deutlich stärker ab als das Ausbildungsplatzangebot.

In Westdeutschland stieg dagegen die Zahl der neuen Ausbildungsverträge noch einmal an und erreichte mit rund 502.800 (+2.000 bzw. +0,4 %) den höchsten Stand seit 1992.

Im Laufe des Jahres zeichnete sich auf dem Ausbildungsmarkt bereits das Ende des seit 2006 anhaltenden Aufschwungs ab. Die Zahl der Ausbildungsplätze, die die Betriebe in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres 2007/2008 der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Vermittlung anboten, fiel deutlich niedriger aus (-30.700) als im Vorjahreszeitraum. Lediglich aufgrund der noch günstigen Situation Anfang des Jahres konnte das betriebliche Ausbildungsangebot insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres gehalten werden.

„Benchmarks" der Europäischen Berufsbildung

Ziel: Verringerung der Schulabbruchquote bis 2010 im EU-Durchschnitt unter 10%. 2007 lag die Quote bei 14,8% europaweit, Deutschland 12,7%

Ziel: Abschluss der Sek II bis 2010 bei 85%. Europaweite Quote 2007 78,1%, Deutschland 72,5%

Ziel: Beteiligung an Weiterbildung im Rahmen des lebensbegleitenden Lernens auf 12,5%. Europaweite Quote 2007 9,7%, Deutschland 7,8%

Ziel: Entwicklung Nationaler Qualifikationsrahmen auf der Basis des verabschiedeten Europäischen Qualifikationsrahmens.

Trotz der demografisch bedingten Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt war es 2008 für viele Jugendliche weiterhin sehr schwierig, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden.

Zum Abschluss des Vermittlungsjahres Ende September 2008 registrierte die BA noch 84.200 Ausbildungsstellenbewerber, die sich nicht in einer Berufsausbildung befanden und für die die Vermittlungsbemühungen weiterliefen; darunter hatten 69.700 zunächst eine Alternative gefunden. Die meisten stammten aus Westdeutschland (72.700). Den noch suchenden Jugendlichen standen 19.500 noch unbesetzte betriebliche Ausbildungsplatzangebote gegenüber.

Manfred Kremer, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), appelliert an die Unternehmen, ungeachtet der negativen konjunkturellen Aussichten für 2009 Weitsicht zu bewahren und die Ausbildungsleistung nicht einzuschränken. Dies sei im eigenen Interesse der Betriebe, da die Nachwuchsrekrutierung infolge des demografischen Einbruchs im Laufe der nächsten Jahre immer schwieriger werde. Bereits 2009 werde es fast 50.000 Schulabgänger weniger geben, und diese demografische Talfahrt setze sich im kommenden Jahrzehnt fort.

Differenzierte Analysen und Zahlen zur Ausbildungsmarktentwicklung 2008 sind ab sofort im Internetangebot des BIBB zu finden unter
www.bibb.de/de/50557.htm
www.bibb.de/de/50489.htm

BIBB-PRESSEMITTEILUNG 49/2008, 19.12.2008

Hessen ist unter den westdeutschen Bundesländern mit -1,6% an vorletzter Stelle und unter dem Bundesschnitt (-1,5%). Nur Rheinland Pfalz ist schlechter, hatte aber auch im letzten Jahr eine der höchsten Zunahmen an Ausbildungsplätzen.

Während die IHK ihre Zahlen fast halten konnte (-0,4%) ging es im Handwerk (-4,6) und im öffentlichen Dienst (-3,6) kräftig nach unten. Dass es nicht ganz so schlimm aussieht ist den freien Berufen zu verdanken, die gegenüber dem Trend in den anderen Bereichen eine Zunahme haben (+1,4).

Ralf Becker

GERMAN-ISRAELI
Year of Science and Technology 2008
שנת שיתוף הפעולה המדעי והטכנולוגי ישראל-גרמניה
2008

Deutsch-israel
Wissenschaft und

Unter diesem Motto steht der Austausch zwischen dem Amt für Lehrerbildung und Israel. Im Wesentlichen geht es hier darum, die vorhandenen nationalen Systeme zu vergleichen und einzelne Bereiche modular weiter zu entwickeln. Es geht um Veränderungsmöglichkeiten in institutionellen Strukturen und in der praktischen beruflichen Aus- und Weiterbildung. Dabei werden die beiden Systeme synergetisch zusammen arbeiten, um eine tragfähige Basis zu erarbeiten. Weiter entwickelt werden sollen Verfahren zur

- Kompetenzfeststellung in der Berufsschullehrerausbildung,
- Zielgruppenadäquate didaktisch-methodische Ansätze für eigenverantwortliches und selbstbestimmtes Lernen an beruflichen Schulen,
- Modulare Berufsschullehrer/innenausbildung im Spannungsfeld der nationalen Gegebenheiten,
- Einsatz von Kompetenzrastern unter Einbeziehung neuartiger, medienunterstützter Unterrichtsmaterialien,
- Lehrerausbildung mit dem Schwerpunkt des Coachens bzw. des Lernbegleiters für Jugendliche und junge Erwachsene auch mit Migrationshintergrund und Integrationsschwierigkeiten.

In das Gesamtgeschehen sind neben dem AfL, unter Beteiligung der Studienseminare, die Sozialpartner, die Ausbildungsstätten der Handwerkskammer und einige berufsbildende Schulen eingebunden.

Vertreter der vier hessischen Seminare unter der Leitung von Wolfgang Rupp waren im November in Israel, um sich über das dortige Berufsbildungssystem zu informieren und um eine Basis für die Zusammenarbeit im Rahmen des Bundesprogramms zu schaffen.

Mit großer Unterstützung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel entstand ein Programm, das von den Vertretern der vier Seminare sehr viel an Kondition abverlangte, denn an den meisten Tagen fanden die letzten Veranstaltungen am Abend statt.

Da es in Israel staatliche Berufsschulen nach deutschem Muster nicht gibt, konnte sich die Expertengruppe Schulen von ORT und AMAL anschauen, beides sehr große Bildungsträger zum Teil mit internationalen Erfahrungen. Schnell ist deutlich geworden, dass das Berufsbildungssystem in Israel Defi-

Frau Nitza Barel, Vorstandmitglied der Lehrergewerkschaft, beim Gespräch mit den deutschen Lehrerbildnern

Wolfgang Rupp hält vor Schülern/S
Ansprache bei der Gedenkfeier zur Er

Ein Lehrer des ORT-Collegs (?) führt den deutschen Gästen elektronische Projekte vor, die Schüler gebaut haben.

Deutsch - israelisches Jahr

isches Jahr der Technologie 2008

GERMAN-ISRAELI
Year of Science and Technology 2008
שנת שיתוף הפעולה המדעי והטכנולוגי ישראל-גרמניה
2008

zite aufweist, die überall offen ausgesprochen werden. Es favorisiert ein allgemeinbildendes Modell, das möglichst alle Schülerinnen und Schüler zum Abitur führt. Ein sehr kleiner Teil (5%) der Jugendlichen erreicht dies nicht und wird schnell stigmatisiert. Weil darüber hinaus die Ansprüche im Studium sehr hoch sind, schaffen relativ viele Jugendliche die akademische Ausbildung nicht und so braucht das Land für ca. 40% der Jugendlichen ein Angebot an beruflicher Ausbildung, das derzeit durch Qualifizierungsmaßnahmen von Betrieben zu leisten ist.

Frau Dr. Tal Lotan vom Arbeitgeberverband bei ihren Erläuterungen zum Berufsbildungssystem in Israel.

chülerinnen und Lehrkräften eine
mordung von Yitzhak Rabin

Treffen im Arbeitsministerium

Durch den großen entstandenen Facharbeitermangel, weil neben Facharbeitern, Meister und Techniker fehlen, leidet die produzierende Wirtschaft an Fachkräftemangel. Bis vor Kurzem konnte dieser Mangel durch das Einwandern von russischen Migranten behoben werden. Nun stockt die Einwanderung und viele ältere Facharbeiter gehen in Rente. Das Outsourcen von Produktionsstätten ist die fatale Folge dieser Entwicklung und außerdem gehen damit auch niedrig- und mittelqualifizierte Tätigkeiten in Israel verloren. Dabei ist es nur ein schwacher Trost, dass Israel im Hochtechnologiebereich derzeit Überdurchschnittliches leistet und auch auf anderen Gebieten die Zahl der Akademiker sehr hoch ist.

Deutsch - israelisches Jahr

Sowohl bei unserem Gespräch mit dem Vertreter des Arbeitsministeriums als auch im Bildungsministerium ist der Ruf nach Einführung des dualen Systems ebenso laut zu hören wie bei der Leiterin der Abteilung für Aus- und Weiterbildung des Arbeitgeberverbandes. Besonderes Interesse besteht an der gewerblich-technischen Ausbildung in Hessen. Kritische Anmerkungen der deutschen Delegation zum dualen System werden derzeit in Israel kaum verstanden.

Die Vertreterin der Lehrergewerkschaft monierte die sehr schlechte Bezahlung der Lehrkräfte in Israel - derzeit liegt sie bei ca. 1.500,- im Monat und das miserable Image. Ein halbjähriger Streik der israelischen Lehrkräfte ist vom dortigen Gericht verboten worden, sodass kaum eine Verbesserung in Aussicht ist, so Frau Barel.

In der ersten Märzwoche werden acht israelische Experten Hessen besuchen, um sich vor Ort ein Bild über das Berufsbildungssystem zu machen und gemeinsam mit den Antragstellern eine Perspektive der Zusammenarbeit aufzubauen.

Aaron Löwenbein

Schulspeisung für Schüler und Lehrer

Aus Schulhelfern wurden verantwortungsvolle Pädagogen – 60 Schüler in einer Klasse

Von Richard Gleichauf

Als im Sommer 1945 auf Befehl der Regierung die Schulen wieder öffneten, wurde das Ereignis als Teil eines demokratischen Neubeginns angesehen. Die Öffnung war jedoch eher ein symbolischer Akt. Es gab in Darmstadt zwar Abertausende von Schülern, aber für die Volkshochschule nur vier weitgehend unzerstörte Schulhäuser. Die Stadt war eine Trümmerlandschaft.
Und die Lehrer? Viele hatten sich während des „1000jährigen Reiches" mit den Nazis eingelassen, teils freiwillig, teils um in Ruhe gelassen zu werden. Ihnen wurde nach 1945 für Jahre die Berufsausübung verboten. Andere Lehrer waren als Soldaten gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft.

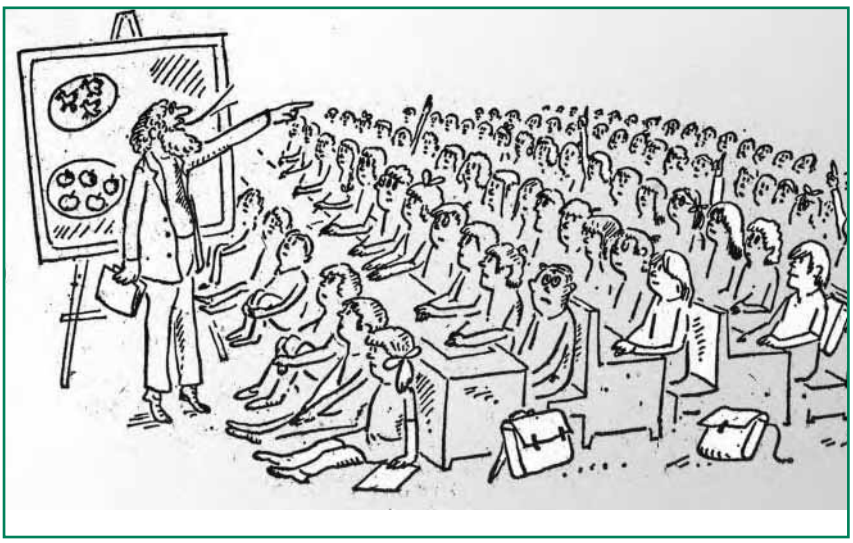
Wenige ältere oder alte Pädagogen, die politisch ihre weiße Weste behalten hatten, standen bereit und viele unbelastete Lehrerinnen. Und dann gab es noch die Zöglinge der ehemaligen Lehrerbildungsanstalt (LBA) in Darmstadt.
Diese LBA war bis 1944 damit beschäftigt, nationalsozialistische Lehrer und Lehrerinnen auszubilden. Mit 14 bis 16 Jahren wurden die Zöglinge aufgenommen, und sie sollten mit 19 Jahren seminaristisch ausgebildete Schulanwärter sein. Diese Art der Lehrerbildung für Volksschullehrer gab es schon vor dem Ersten Weltkrieg.
Ich hatte diese „Anstalt" mit 17 Jahren verlassen, um als Freiwilliger in den Krieg zu ziehen. Als der Krieg im Mai 1945 endete war ich 19 Jahre alt und ein abgewrackter Jagdflugzeugfahrer.

Abitur nachgeholt

Im Herbst 1945 wurden ehemalige Schüler der LBA zusammengebracht, um in einem „Sonderlehrgang für Kriegsteilnehmer" an der neugegründeten Realgymnasialen Aufbauschule in Trautheim endlich das Abitur nachzuholen. Nach meinem Kenntnisstand waren wir die ersten Schüler, die nach dem Krieg Abitur machten. Mein Reifezeugnis trägt das Datum vom 7. Juni 1946 und im Kopf die Bezeichnung „Großhessisches Ministerium für Kultur und Unterricht".
Kein Schüler unserer Klasse war unter 20 Jahre alt, fast alle sind Soldaten oder Offiziere gewesen und mit den Kriegsorden dieser „Schulklasse" hätte man ein Stück Weg planieren können.

Diejenigen unserer Klasse, die Lehrer werden wollten, wurden nach der Abiturprüfung in einem vierwöchigen Kurs zu einer Art Hilfslehrer getrimmt. Nach Bewährung in der Schule sollten wir dann nach und nach zum Pädagogischen Institut in Jugenheim zum Studium einberufen werden. Dabei sollten die älteren und kriegsverletzten Schulhelfer bevorzugt werden. Ich stand mit meinen 20 Jahren am Ende der Warteschlange und richtete mich auf eine lange Zeit als Schulhelfer ein.
Nach den Sommerferien des Hungerjahres 1946 begann ich den Schuldienst an der Bessunger Knabenschule. Mein „Gehalt" betrug 170 Reichsmark pro Monat.

Die offizielle Zuteilung auf Lebensmittelkarten wurde in Kalorien umgerechnet und lag zwischen 800 und 1200 Kalorien pro Tag. 2400 Kalorien sollen erforderlich sein, um den Energiebedarf eines Erwachsenen zu decken.
Ein Päckchen amerikanischer Zigaretten kostete 100 Reichsmark, ein Ei 15 und ein Pfund Butter war für 300 Reichsmark auf dem schwarzen Markt zu haben. Weil dies eben so war, haben Frauen, Männer und Kinder versucht, sich als Schieber, Schwarzhändler oder sonst irgendwie am Leben zu halten.
Ein Beispiel macht die aberwitzige Situation der Jahre von 1945 bis 1948 deutlich: Für einen Bekannten, der als Schaffner bei der Heag „tätig" war, habe ich mich einmal stellvertretend acht Stunden lang mit der Fahrscheintasche durch einen überfüllten Anhänger der Linie 7 zwischen Eberstadt und Arheilgen gekämpft und das Fahrgeld von meist 20 Pfennig kassiert. Als Lohn erhielt ich von dem Bekannten, der in der Zwischenzeit sicher Besseres zu tun hatte, ein Lebensmittelmärkchen für 1000 Gramm Brot!



Morgens Knaben, mittags Mädchen

Vormittags gehörte das Schulgebäude der Knabenschule, nachmittags der Mädchenschule, und dies im wöchentlichen Wechsel. Die Koedukation war damals noch nicht „erfunden". Ältere Lehrer versuchten da wieder anzuknüpfen, wo sie 1933 aufhören mussten, und diese alten Lehrer waren unsere Vorgesetzten.
Der Rektor der Knabenschule war ein fast 70 Jahre alter Mann. Er war ein knorriger Vertreter der „Arbeitsschule", einer Schule also, in der gearbeitet wird.
Vom November 1946 an war ich Klas-

senlehrer eines dritten Schuljahres mit 60 Knaben. Diese Klasse führte ich bis zum Sommer 1948. 60 unterernährte Achtjährige und ein 20jähriger Schulhelfer, im Rückblick kommt mir diese Situation recht unwirklich vor.

Meine Aufgabe bestand darin, den Kindern das Schreiben, das Lesen und das Rechnen beizubringen, garniert mit biblischer Geschichte, Heimatkunde, Naturkunde und Singen. Sport oder Turnen fand nicht statt - die Kinder waren zu schwach, außerdem gab es keine Turnhallen.

Alle zwei Wochen, an Dienstagen, wurde unsere Schulhelfergruppe zu einer Art Seminar einberufen. An diesen Seminartagen besuchten wir immer einen unserer Kollegen im Unterricht, besprachen anschließend dessen Fehler oder auch dessen geniale Unterrichtsführung. Auf diese Weise kamen wir viel herum und lernten die Volksschulen der Stadt und des Landkreises kennen.

Meine Knaben hatte ich gut „im Griff", denn ich musste, bei 60 Schülern, mit eiserner Faust regieren. Noch heute werde ich in der Stadt oder sonst wo von inzwischen fünfzigjährigen Männern ***(heute 70-jährigen, ds)*** begrüßt, die mich freudig an die eine oder andere Ohrfeige erinnern, die ich ihnen damals appliziert habe. Mein Ruf als Ordnungshüter war so groß, das mich junge Lehrerinnen und Schulhelfer gelegentlich zu Hilfe riefen, wenn in ihren Riesenklassen wieder einmal das Chaos ausgebrochen war.

Pädagogen mögen heute entsetzt sein über derart archaische Methoden, aber die damaligen Schulverhältnisse lassen sich nicht mit heutiger Elle messen.

In unregelmäßigen Abständen, etwa alle drei bis vier Wochen, ging die Tür des Klassenzimmers auf und der Schulrat „visitierte" mindestens eine Stunde. Die Schulräte waren damals noch keine Schulverwaltungsbeamte, weil es eine Schulverwaltung kaum gab. Nach meiner Erinnerung hatten die Schulräte nicht einmal ein Büro. Wo denn auch in den Trümmerfeldern dieser Stadt?

Schulbücher gab es kaum, von Kopiergeräten und „audiovisuellen Medien" ganz zu schweigen. Wir wurden deshalb zwangsläufig Meister des Tafelschreibens und unsere Schüler lernten dabei die sogenannten Kulturtechniken mindestens so gut wie in den modernen Grundschulen der 80er Jahre.

Das kleine Einmaleins wurde eben so lange geübt, bis es jedes Kind im Schlaf beherrschte. Und als ich in Heimatkunde die Höhenlage der Stadt Darmstadt über NN erklärt hatte, schwärmten meine Buben nach der Schule im Trümmerfeld der Stadt bis nach Bessungen, der Künstlerkolonie und in die Waldkolonie aus, suchten Höhenbolzen an stehen gebliebenen Haussockeln und schrieben die so gefundenen Höhen über NN auf.

Ein Riegel Schokolade

Das wichtigste Ereignis im Verlauf des Schulalltages war die sogenannte Quäkerspeisung. Alle Kinder bekamen eine tägliche warme Mahlzeit, die aus überzähligen Beständen der amerikanischen Besatzungszonen stammte.

Es war fast immer eine Erbsen- oder Milchsuppe, vor Weihnachten gab es auch mal einen Riegel Schokolade oder eine Dampfnudel.

Die Quäkerspeisung wurde in Thermophoren zur großen Pause in die Schule geliefert und der gefürchtete Hausmeister teilte aus. Jeder Schüler trug als wichtigsten Schulartikel immer sein Essgeschirr im Ranzen. Es ist wohl nicht übertrieben, wenn ich behaupte, dass diese zusätzliche tägliche Portion vielen Kindern in den Jahren 1945 bis 1948 geholfen hat, zu überleben.

Die Kinder mussten pro Woche sechs Reichsmark für die Quäkerspeisung bei mir abliefern, ich meldete die Anzahl der Teilnehmer dem Hausmeister und rechnete mit ihm ab. Da es während der Schulferien keine Quäkerspeisung gab, wurden die Ferien auch nicht so herbei gesehnt wie heute, auch war kaum ein Kind wegen Krankheit abwesend.

Die Lehrer durften an der Quäkerspeisung eigentlich nicht teilnehmen. Unser alter Rektor war jedoch nicht nur ein sehr weiser, er war auch ein frommer Mann. Er zitierte aus dem 5. Buch Mose, Kapitel 25 Vers 4, wo geschrieben steht: „Du sollst dem Ochsen, der da drischt, nicht das Maul verbinden", und ließ die ausgemergelten Lehrerinnen und Lehrer eine Portion Haferbrei oder Milchsuppe bei den Schülern im Klassensaal mit essen.

Eine Woche nach der Währungsreform im Juni 1948 hätte der Schulhelfer Gleichauf am Pädagogischen Institut in Jugenheim zum einjährigen Kurzstudium antreten sollen. Da ich, wie Millionen anderer, mein „Kopfgeld" von 40 Deutsche Mark gerade auf den Kopf gehauen hatte, konnte ich die freundliche Einladung nicht annehmen; es spielten auch andere Gründe mit. Ich ging auf den Bau und lernte Maurer und wurde dann Gewerbelehrer.

Darmstädter Echo vom 21. März 1987

Schul-speisung

HPRLL Intern

Während sich im Bezug auf die Ferienbezahlung befristet Angestellter Erfreuliches tut, kann dies ansonsten nicht behauptet werden. Nach der UG+ von Wolff kommt der „Lehrer nach Hessen Quereinstieg“ von Banzer und - als ob es keine Erfahrungen gäbe mit zentralistischen Ansätzen und deren Folgen - kommt nach der LUSD von Wolff die zentralistische Zuweisung von Banzer. All dieses kann nach erster Analyse auf die Formel gebracht werden:
Banzer = (Wolff)²

Schulgirokonten

Nachdem Minister Banzer die Schulgirokonten in der Presse angekündigt hatte, legte das Ministerium dem HPRLL am 18.12.08 die Richtlinie zur Führung der Konten vor.
Danach ist das Einrichten von Schulgirokonten nicht verpflichtend. Sie sollen zur Abwicklung von Fremdmitteln aber auch von Landesmitteln dienen. Schmackhaft gemacht werden soll die Einrichtung dadurch, dass die Landesmittel zu 100% übertragbar sind. Dies hängt aber von den noch ausstehenden Haushaltsberatungen ab. Die Kontoführung ist nicht nur an Schulleiter/in und Stellvertreter/in gebunden. Das 4-Augen-Prinzip muss verwirklicht werden. Die Kontodokumentation sollte nachvollziehbar und jederzeit nachprüfbar sein, das Abheften von Kontoauszügen reicht nicht aus. Die Prüfung erfolgt neben den gesetzlichen Prüfrechten der Schulaufsicht jährlich durch zwei gewählte Lehrkräfte.
Über Entlastungen für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand machte das HKM keine Aussage. Sie scheint nicht vorgesehen zu sein.

ViLBe

Der HPRLL hat in seiner Stellungnahme die Kritik der Schulen an der Ankündigung von ViLBe vorgetragen und entsprechende Fragen dazu formuliert. Eine Antwort steht noch aus. Ebenso wie ein Bericht darüber, wie viele Schulen sich beworben haben, welche Schulen ausgewählt wurden, nach welchen Kriterien und wie der HPRLL an der Steuerung des Modellprojekts beteiligt wird. (Inzwischen sind die 5 ausgewählten Pilotschulen benachrichtigt DS)

Befristete Verträge und Ferienbezahlung

Nach intensiver Diskussion zwischen HPRLL und Dienststelle und einem Spitzengespräch des GEW-Vorsitzenden Jochen Nagel mit Minister Banzer scheint es zu einem Durchbruch zu kommen. Der HPRLL hat in der letzten Sitzung aufgrund eines neuen Erlassentwurfes der Dienststelle einen Vorschlag unterbreitet, der von der Dienststelle positiv gewürdigt wurde. Es besteht somit die Hoffnung, dass es im neuen Jahr zu einer einvernehmlichen Lösung kommt und die unsägliche Praxis, dass befristet angestellte Kolleginnen und Kollegen in den Ferien zum Arbeitsamt müssen, der Vergangenheit angehört.

Hessencampus

Die Dienststelle plant Änderungen in dem Projekt, worüber jedoch noch vom Minister bzw. der neuen Landesregierung entschieden werden muss. Für eine noch von Frau Wolff geplante Ausweitung von HC hatten sich 13 Initiativen beworben, fünf wurden ausgewählt (Odenwald, Limburg, Darmstadt-Dieburg, Hanau, Schwalm-Eder). Für Gremien und Personalrätebeteiligung machte das HKM keine Vorgaben. Von daher ist es nicht verwunderlich, wenn Personalräte berichten, davon nichts zu wissen, und wenn Beschlüsse von Gremien in den meisten Fällen nicht vorliegen. Zudem sind für die Ausweitung von HC keine zusätzlichen Mittel vorgesehen. Nach Auffassung des Ministeriums sollen die fünf Neuen die Arbeit mit eigenen Mitteln schultern.

Neues Zuweisungsverfahren

Seit Ende November reist der zuständige Referent im HKM durchs Land, um ein von der Systematik her völlig neues Zuweisungsverfahren vorzustellen. Am 4.12.2008 präsentierte er es dann auch mal dem Hauptpersonalrat. Für die weitere Erörterung am 18.12. hatte er dann keine Zeit, da er wieder im Lande unterwegs sein musste. Eine abschließende Erörterung fand noch nicht statt.
Beim Zuweisungsverfahren werden die im Landeshaushalt vorgesehenen Stellen auf die Schulen verteilt. Dabei wird festgelegt, wie viele Stellen eine Schule haben soll. Diese wird mit dem Bestand an Stellen verglichen und dort, wo Bedarf besteht, werden neue Stellen besetzt.

Bisher verlief die Zuweisung so:
Anhand der Schülerzahl des letzten Schuljahres und eines Trendfaktors werden zuerst Sollklassen berechnet. Aufgrund des Stundenbedarfs für die Sollklassen wird dann der Bedarf an Lehrkräften für jede Schulform in einem Schulamt ermittelt. Die Schulämter verteilten daraufhin die Stellen entsprechend der Klassenbildungen an die Schulen. Auf Bedarfsunterschiede kann auf kurzem Weg zwischen Schule und Schulamt reagiert werden.

Zentralistisches neues Zuweisungsverfahren
Das neue Verfahren sieht für alle Schulen eine direkte Zuweisung durch das Ministerium vor. Für die Kommunikation zwischen den über 2000 Schulen und dem Ministerium soll eine Emailadresse eingerichtet werden. Die Dienststelle begründet die Umstellung mit unterschiedlicher Praxis einzelner Schulämter und mit der Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen. Gleichzeitig soll erreicht werden, dass möglichst früh (schon im März für den 1.8.) neue Stellen besetzt werden können.
Für die Allgemeinbildenden Schulen soll die Zuweisung aufgrund einer Prognose der Schule über die zu bildenden Klassen erfolgen. Schon Anfang Mai sollen die Schulen über 99 % der Stellen verfügen können.

Schülerfaktor für Berufliche Schulen
Für die Beruflichen Schulen soll ein anderer Weg beschritten werden. Der Zentralismus soll ebenfalls gelten, jedoch soll den Schulen nicht mehr auf Grundlage der notwendigen Klassenbildungen zugewiesen werden sondern nach einem Schülerfaktor für jede Schulform, der sich an einem Durchschnittswert für die Klassenbildung orientiert.

Vorläufige Kritik

Hier erste Kritikpunkte am neuen Verfahren:

- Durch die Zentralisierung – 2000 Schulen verhandeln mit einem Kultusministerium – entsteht ein hochriskantes System.
- Die neuen Kommunikationswege sind länger und erfordern einen höheren Aufwand.
- Schulen, die ‚kühn' kalkulieren bzw. prognostizieren, können früher einstellen und es besteht die Gefahr dabei, dass über Bedarf eingestellt wird.
- Wenn - wie beabsichtigt - sehr früh Fakten geschaffen werden, ist die Flexibilität gering. Freie Stellen sind ab Mai fast nicht mehr vorhanden. Es besteht die Gefahr, dass auf Abweichungen von den Schulprognosen vermehrt mit Zwangsabordnungen und Zwangsversetzungen reagiert wird.
- Die angesprochenen Defizite des bisherigen Systems im Bezug auf die Arbeit der Schulämtern beziehen sich auf einzelne Schulämter. Ein Einwirken auf die säumigen Schulämter wäre der bessere Weg.
- Der Schülerfaktor begünstigt Systeme, die aufgrund ihrer Struktur und ihres Einzugsgebiets große Klassen bilden können. Schulen, die in vielen Schulformen an den bisherigen Klassenuntergrenzen noch Klassen bilden konnten, wird dies weniger möglich sein. Dadurch besteht die Gefahr, dass die Tendenz des Abbaus beruflicher Bildungsangebote in der Fläche und der Schaffung von Großsystemen noch verstärkt werden.

Prinzipiell ist anzumerken, dass abseits der vorher genannten Kritikpunkte ein solcher Systemwechsel Zeit und verlässliche Grundlagen braucht. Dies jetzt über das Knie zu brechen, birgt die Gefahr in sich, dass - ähnlich der Einführung der LUSD - ein Chaos auf die Schulen zukommen wird. Insbesondere in einem Jahr, in dem weder ein beschlossener Haushalt vorliegt, noch klar ist, welche Regierung mit welchen Prioritäten im nächsten Jahr die Entscheidungen fällt.

Lehrer nach Hessen

Während Menschen mit erstem Staatsexamen oder Quereinsteiger in einem Mangelfach ohne Übernahmegarantie ein Referendariat absolvieren müssen, soll im Rahmen der Aktion „Lehrer nach Hessen" eine dritte Säule der Lehrkräfteeinstellung geschaffen werden mit unbefristeter Anstellung nach BAT für Menschen ohne pädagogische Vorbildung.

Vorgeschichte

Eine der ersten Aufgaben, der sich Banzer als Minister annahm, war die Suche nach Lösungen für den Lehrkräftemangel. Alle Fachabteilungen wurden beauftragt, Lösungsvorschläge vorzulegen. Dabei wurden so sinnvolle Vorschläge gemacht wie Sondermaßnahmen zur Erlangung eines zusätzlichen Fachs, eines anderen Fachs oder eines anderen Lehramts, Aufstiegsfortbildungen für Lehrkräfte für Fachpraxis. All diese Vorschläge wischte Banzer vom Tisch und konzentrierte sich auf die Schaffung einer dritten Säule der Lehrkräftegewinnung. Über 2000 Bewerbungen von Nichtpädagogen gingen ein und 214 Menschen wurden zum Sommer befristet nach BAT eingestellt. Eine unbefristete Einstellung war nicht möglich, da es keine entsprechende Rechtsgrundlage gab. Diese wurde dem HPRLL erst im Dezember vorgelegt. Unter den Eingestellten waren z.B. Diplomdolmetscher für das Fach Englisch. Gleichzeitig wurden über 60 Uniabgänger mit Englisch nicht ins Referendariat eingestellt, weil Ausbildungskapazitäten fehlten.

Dritte Säule

Menschen mit Hochschulausbildung und Berufserfahrung, die glauben, dass sie unterrichten können, sollen sich bewerben. Sie werden mit voller Unterrichtsverpflichtung eingestellt. Nach einem halben Jahr wird dann festgelegt, wo sie noch Qualifizierungsbedarf haben. Die Qualifizierung soll dann bei voller Unterrichtsverpflichtung innerhalb von drei Jahren erfolgen. Mit der abschließenden Prüfung wird das 2. Staatsexamen anerkannt. Der Vertrag ist unbefristet mit sechs Monate Probezeit und die Bezahlung erfolgt nach BAT.

Wertung

Während bei UG+ Laien für kurzfristigen Vertretungsbedarf eingestellt wurden, erfährt dies hiermit noch eine Steigerung. Als Regeleinstieg in den Lehrberuf sollen Menschen ohne pädagogische Vorbildung in vollem Umfang mit allen dazugehörenden Verpflichtungen unterrichten. Dies ist zum einen ein nie da gewesener Angriff auf unsere Professionalität und zum anderen sind die Schülerinnen und Schüler, die Kollegien und die Quereinsteiger selbst die Leidtragenden dieses Konzeptes. Die Ursache für den Lehrkräftemangel wird damit nicht bekämpft, sie wird eher befördert.

Alternativen

Langfristig ist es dringend erforderlich, die Attraktivität des Lehrberufs durch bessere Arbeitsbedingungen, Hebung des Ansehens und Verbesserung der Bezahlung zu steigern.

Kurzfristig können die oben genannten Sondermaßnahmen aufgelegt werden. Für alle Arten von Quereinstieg muss jedoch gelten, dass, bevor jemand eigenverantwortlich vor eine Klasse tritt, er eine pädagogische Grundqualifizierung erworben haben muss und dass er die für die Qualifizierung notwendige Freistellung bekommt.

Personelle Änderungen im HKM

Ende Oktober ging Hr. Obenauer, zuständig für BG und FOS und GEW-Vertrauensmann im Ministerium, in den Ruhestand. Sein Nachfolger im Zuständigkeitsbereich und als GEW-Vertrauensmann wurde Hr. Stahler. Ende Dezember verabschiedete sich Hr. Vesper, zuständig für Fachschulen und Modellprojekte, und im Januar wird Herr Berthold, Abteilungsleiter, seinen Dienst beenden. Die Stelle von Hr. Vesper war ausgeschrieben und wird wegen unzureichender Bewerberlage wieder neu ausgeschrieben. Die Abteilungsleiterstelle wird sehr wahrscheinlich erst nach der Bildung einer neuen Regierung ausgeschrieben. Hr. Kreher übernimmt solange die kommissarische Abteilungsleitung. Er übernimmt auch gleichzeitig die Projektleitung sv+.

Mit Jürgen Obenauer verlässt ein GEW-Urgestein die Abteilung. Er war vor seiner Tätigkeit im Ministerium unter anderem für die GEW im Hauptpersonalrat und über viele Jahre ehrenamtlich für die Finanzen der hessischen GEW verantwortlich. Aber auch im Ministerium hatte er seine gewerkschaftlichen Tätigkeiten nicht eingestellt. Er war Mitglied im Personalrat und Vertrauensmann der GEW und setzte sich mit Nachdruck für die sozialen Belange der Beschäftigten im Ministerium ein. Für seine langjährige gewerkschaftliche Tätigkeit soll ihm auch von dieser Stelle aus Dank gesagt werden.

Ralf Becker

Entwicklung von Modellen zur Anrechnung beruflich erworbener Kompetenzen auf ein Hochschulstudium

Zehn Pilothochschulen der BMBF-Initiative „Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge“ (ANKOM) stellen im Rahmen einer gemeinsamen Veröffentlichung ihre umfangreichen Arbeiten und Ergebnisse vor. Der Sammelband mit dem Titel „Die Entwicklung von Anrechnungsmodellen. Zu Äquivalenzpotenzialen von beruflicher und hochschulischer Bildung“ gibt einen Einblick in Lösungen der Aufgabe, Gleichwertigkeiten zwischen beruflicher Fortbildung und Hochschulstudium zu ermitteln. Die Initiative ist ein wichtiger Beitrag zur Durchlässigkeit des Bildungssystems und erzeugt Synergieeffekte für beide Bildungsbereiche bei der Qualifizierung von Fach- und Führungskräften. Exemplarisch wurden Anrechnungsmodelle in fünf Fachdisziplinen (Gesundheits- und Pflegewissenschaften, Informationstechnologien, Ingenieurwissenschaften sowie Sozialwesen und Wirtschaftswissenschaften) an drei Technischen Universitäten, vier Fachhochschulen und fünf Universitäten entwickelt.

Erfolgreich am Ziel

Die dargestellten Projekte zeigen, wie qualitätsgesicherte Verfahren zur Äquivalenzprüfung von Fortbildungsabschlüssen gemessen an einschlägigen Hochschulstudiengängen entstanden sind und welche Schnittmengen an gleichwertigen Lernergebnissen ermittelt wurden. Zukünftig besteht an den ANKOM-Pilothochschulen die Möglichkeit, bestimmte durch die berufliche Bildung und Praxis erworbene Studienleistungen auf Studiengänge anrechnen zu lassen.

Dies kann pauschal (Anrechnung von Fortbildungszertifikaten auf Studienmodule), individuell (Anrechnung individuell nachgewiesener Lernergebnisse) oder in einer Kombination beider Verfahren geschehen. Die Berücksichtigung der Lernbiographien beruflich Qualifizierter ermöglicht diesen neue Chancen der Teilhabe an Hochschulbildung. Die Verfahren werden in den kommenden Semestern an den Hochschulen erprobt und evaluiert.

Die gesamte Publikation steht als PDF-Download kostenlos zur Verfügung und kann unter **becker.ralf@vobis.net** angefordert werden.

igmetall-wap 24.11.2008

Das „Techniker“-Modell Weilburg

„Die derzeitige Diskussion um eine mögliche Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildungsabschlüsse bewegt sich zuweilen auf einem unsicheren Fundament: Wissenschaftliche Erhebungen und insbesondere die Operationalisierung einer „Wertigkeit“ fehlen in diesem Kontext oftmals“, so die Beschreibung der Ausgangslage zum Projekt „Berufswertigkeit“ (vergleiche hierzu Studie zur Berufswertigkeit des Westdeutschen Handwerkskammertages).

„Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit sind zentrale Forderungen, die an ein Bildungssystem zu stellen sind, das den Anforderungen lebenslangen Lernens gerecht wird und Lernen über den ganzen Lebenslauf ermöglicht. Mehr Durchlässigkeit, nicht zuletzt an der Schwelle des Hochschulzugangs, wird häufig noch durch die ausgeprägte Berechtigungsorientierung innerhalb des deutschen Bildungssystems verhindert, wonach der Besitz eines Zertifikats letztlich immer noch wichtiger ist als der Nachweis einer erworbenen oder geforderten Kompetenz“, so eine Veröffentlichung der Hochschulinformationssystem GmbH zum Thema „Entwicklung von Anrechnungsmodellen“.

Verschiedene Projekte – wissenschaftlich untermauert – sollen die Systeme aufbrechen und zeigen, dass Bildungswege keine Sackgassen sein sollen, sondern eine Vielfalt von Optionen durch einen weiteren Schulbezug durch Berufsausbildung oder Weiterbildung bis hin zum Hochschulstudium eröffnen.

Das vom BMBF geförderte ANKOM-Projekt hat zum Ziel, „Anrechnungskonzepte“ zu entwickeln, um die Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule zu vergrößern, entwickeln und umzusetzen. An der Technikakademie Weilburg (TAW) – vormals Staatliche Technikerschule Weilburg – wurde diese Entwicklung schon recht früh - u. a. mit der ersten bundesweiten Demonstration im April 2006 - kritisch mit Nachdruck begleitet. Hier geht es u. a. um die internationale Anerkennung der Technikerabschlüsse. Aktuell ist die TAW unter Projektleitung der Carl-von-Ossietzky-Universität als stiller Partner mit der Fachhochschule Wiesbaden an einem solchen ANKOM-Projekt beteiligt. Das Projekt heißt konkret: „CREDIVOC“ – ein Wortspiel aus Credits und Vocational Training – und hat die Transparenz und Mobilität durch Anrechnung von Lernergebnissen in der beruflichen Bildung zum Ziel. Beim Weilburger Projekt stehen die Technikerabschlüsse auf dem Prüfstand. In einem sog. Äquivalenzverfahren stellen Gutachter fest, inwieweit die Inhaltsbereiche des Studienmoduls in der Weiterbildung abgedeckt sind und ob das Niveau der anzurechnenden Kompetenzen dem Niveau des Studienmoduls entspricht. Nach der Äquivalenzprüfung kann u. a. die Studienzeit an Fachhochschulen verkürzt werden.

Eine pauschale Anrechnung, die nicht auf Äquivalenzvergleichen basiert, ist unseriös und gefährdet die Qualität und das Profil von Studiengängen. Wenn auch das Ziel einer Technikerausbildung nicht unbedingt der Hochschulzugang ist, so erfährt durch einen solchen Vergleich die „Fachschulausbildung“ einen höheren Stellenwert und ist somit ein weiterer Schritt zur neuen Abschlussbezeichnung „Bachelor Professional“. Als verantwortlicher Leiter der Technikakademie Weilburg und harter Verfechter für die „Akademiebezeichnung“ aller Fachschulen sehe ich hier mit einer anderen Begrifflichkeit und dem wissenschaftlichen Nachweis den Einstieg in das Ende der traditionellen Fachschulausbildung u. a. mit der international verständlichen neuen Abschlussbezeichnung. Indirekt ist das Äquivalenzverfahren der insbesondere von der IG-Metall geforderte Qualitätsnachweis, um

sich dem Gedanken für einen „Bachelor Professional“ zu öffnen. Details über das CREDIVOC-Verfahren können unter Tel. 06471 9261-11 oder hill@ta-weilburg.de angefordert werden.

Wolfgang Hill
Mitglied der GEW-Landesfachgruppe Berufliche Schulen

Studie zur Berufswertigkeit

Die im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW 2008 erstellte „Studie zur Berufswertigkeit – Niveauvergleich von Weiterbildungsabschlüssen und hochschulischen Abschlüssen“ hat belegt, dass Abschlüsse der beruflichen Bildung auf hohem Niveau und akademische Abschlüsse als gleichwertig einzustufen sind.

Anrechnungen der Fachschulen auf Studium

In einem Antrag an den bundesweiten GEW-Gewerkschaftstag 2009 fordern die Fachgruppen Berufliche Schulen, dass den Absolvent/innen beruflicher Fortbildung wie z.B. Fachschulen für Technik ihre erbrachten Leistungen und Abschlüsse für ein Studium so angerechnet werden, dass sie nach dem Bachelor einsteigen können.

Aber auch …

Den Wunsch der Fachschule für Sozialpädagogik an der Landrat-Gruber-Schule in Dieburg, in eine Kooperation mit der Staatlichen Fachhochschule Darmstadt zu treten, lehnte der dortige Fachbereich Sozialwesen mit der Begründung mangelnder Ressourcen schriftlich ab und merkte darüber hinaus an, dass sie Leistungen, die außerhalb der Hochschule erbracht wurden, grundsätzlich nicht anerkennen. Da kann man nur anmerken: Ganz schön arrogant und die bundesweite und europäische Entwicklung verschlafend! DS

GEW fordert Bundesgesetz für den Hochschulzugang

Bildungsgewerkschaft zu den jüngsten Beschlüssen der Hochschulrektorenkonferenz

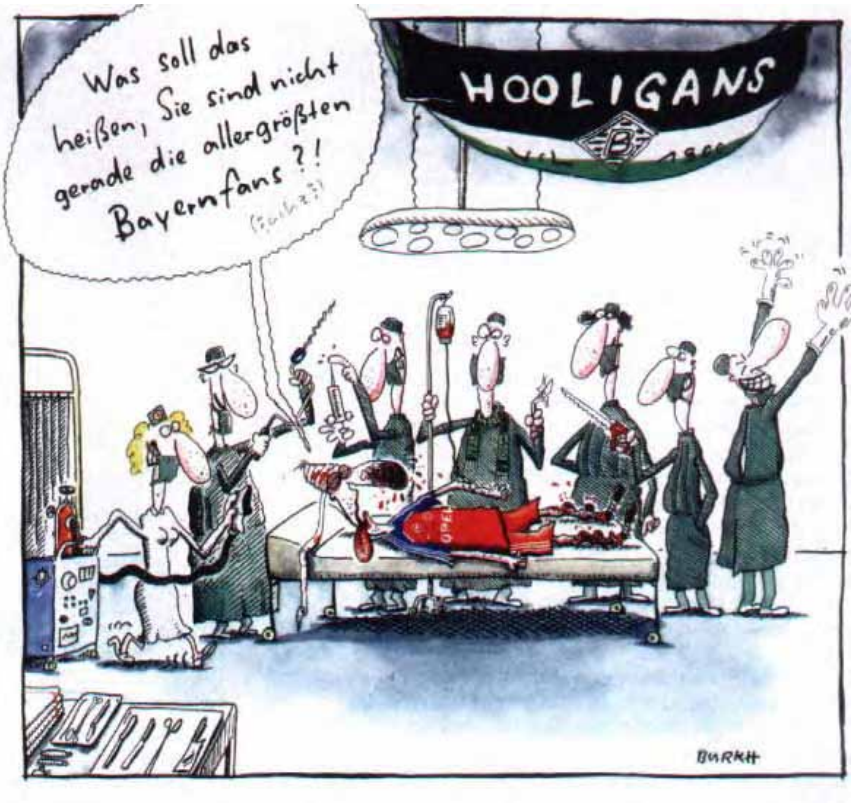
Frankfurt a.M. - Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat sich für ein Bundesgesetz zur Regelung des Hochschulzugangs ausgesprochen. „Die Hochschulen sind mit der dezentralen Steuerung des Hochschulzugangs offensichtlich überfordert. Viele junge Menschen müssen sich an mehreren Hochschulen gleichzeitig bewerben, am Ende bleiben viele Studienplätze unbesetzt. Vor dem Hintergrund eines bevorstehenden Ansturms junger Menschen auf viel zu wenige Studienplätze ist das unverantwortlich“, kritisierte das für Hochschule und Forschung verantwortliche Vorstandsmitglied der GEW, Andreas Keller, vor dem Hintergrund der jüngsten Beschlüsse der Hochschulrektorenkonferenz (HRK)

Mit einem Bundesgesetz könne auch die überfällige Öffnung der Hochschulen für Absolventen der beruflichen Bildung erreicht werden. „Zurzeit sehen sich Bewerberinnen und Bewerber ohne Abitur oder Fachhochschulreife mit einem unübersichtlichen Flickenteppich unterschiedlicher Länder-Regelungen für den Hochschulzugang konfrontiert. Auch der Bildungsgipfel hat noch nicht den erhofften Durchbruch für eine bundeseinheitliche Regelung gebracht. Wir fordern einen bundesgesetzlich garantierten Rechtsanspruch für Absolventinnen und Absolventen der beruflichen Bildung, ein Hochschulstudium aufzunehmen“, erklärte der GEW-Hochschulexperte.

Info: Die Mitgliederversammlung der HRK hat einen Fahrplan zur schrittweisen Einführung des „dialogorientierten Verfahrens bei der Hochschulzulassung“ sowie Grundsätze zur Neuordnung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte beschlossen.

GEW-Pressemitteilung vom 18.11.2008

Hochschulzugang



KulturTrialog
Anerkennung des Anderen in seiner Differenz

Anerkennender, innovativ trialogischer Religions„unterricht“ – über Fächergrenzen hinaus

Die Adolf-Reichwein-Schule Marburg gewinnt den 2. Platz in der III. Wettbewerbsrunde 2007/2008 „Schulen im Trialog – Europäische Identität und kultureller Pluralismus“ der Herbert Quandt-Stiftung und erhält für die in diesem Kontext erstellte Homepage www.kulturtrialog.de den „Innovationspreis 2008 berufliche Schulen in Hessen“ der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V. (VhU).

INNOVATIONSPREIS BERUFLICHE SCHULEN 2008 GEWINNER

Kultur Trialog

„Was glaubst Du denn?“, diese Frage stellte der III. Trialog-Schulen-Wettbewerb, um sich Glaubensvorstellungen des Judentums, Christentums und Islam sowie deren kulturelle Auswirkungen zu erschließen. Die Schulgemeinde der Adolf-Reichwein-Schule Marburg näherte sich dieser Fragestellung mit einer vergleichenden Arbeit, die ihren Ursprung im Fach Religion hatte: „Wir und die Anderen?“ – alternierend „Die Anderen und Wir?“ und somit das Andere/Fremde in den Vordergrund stellende – wurde für uns zur Ausgangsfrage, die gerade Unterschiede als Weiterbringendes sichtbar machte und Gemeinsamkeiten erkennen ließ.

Die Mitglieder der gesamten Schulgemeinde – sogar Geschwister und Freunde – waren im Rahmen des KulturTrialogs Lernende und Lehrende zugleich. Als kontinuierliche Wegbereiter über das gesamte Schuljahr hinweg sind fünf (ev.) Religionskurse zu nennen: die Klassen/Kurse BFS 11B (Berufsfachschule), FOS 12AB und CD (Fachoberschule), CTA 11 und ITA 11 (Chemisch- bzw. Informationstechnische – Assistentinnen/Assistenten). Aus diesen fünf Lerngruppen und weiteren interessierten Schülerinnen und Schülern konstituierte sich die **KulturTrialog AG** als ein freiwilliges Zusatzangebot zum Regelunterricht, an dem sich 34 Schülerinnen und Schüler beteiligten.

Eine wichtige Entscheidung auf unserem Weg im Trialog der Kulturen war die methodisch strukturierende Dreigliederung in: Makro- Meso- und Mikroprojektebene, denn durch diese (offenhaltende) Gliederung konnte im Projektverlauf in allererster Linie auf die Interessen und Vorerfahrungen der Schülerinnen und Schüler eingegangen werden.

KulturTrialog: Anerkennung des Anderen in seiner Differenz

Die Makroprojektebene („Wir und die Anderen?“ bzw. „Die Anderen und Wir?“) hat im Laufe des Wettbewerbs eine vorher nicht erwartete Aufwertung erfahren: originale Begegnung wurde zu einem tragenden und bereichernden Pfeiler der Trialogs – ganz im Sinne der philosophischen Perspektive von Martin Buber (Ich und Du); „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“. Begegnung wurde u. a. in dem Projekt „Gottes Häuser“ erlebt, bei dem wir uns auf eine Reise durch die Gottesdienst- und Gebetsräume der drei abrahamitischen Religionen machten. Auf diesem Weg entwickelten sich Fragen, die über das Erlebte hinausgingen: „Wie viel, oder wie wenig weiß ich eigentlich über meine (christliche) Religion?“. So wurden die Besuche auch zum Ausgangspunkt für Interesse am Eigenen! Weitere Begegnungen entstanden durch die Teilnahme am Runden Tisch der Religionen Marburg: auch hier zeigte sich wieder, dass originale Begegnung die Basis für ein gelingendes Miteinander ist, in der abschließenden Feststellung eines Schülers, dass es für ihn besonders wichtig gewesen sei zu erleben, wie freundschaftlich die Mitglieder der verschiedenen Religionen miteinander umgehen.

Religion und Kultur über Fächergrenzen hinaus

Die Mesoprojektebene („und was glaube ICH?“) ermöglichte Freiheit für eine Projektorientierung unter Einbezug der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die sich Fragen entwickelnd und stellend auf den Weg machten, um Glaubensfragen und -inhalte aus der Perspektive ihrer jeweiligen zukünftigen Berufsfelder zu erkunden. Neben verschiedenen Kleinstprojekten im Regelunterricht entwickelten sich im Rahmen der Vorbereitung für den Informationstag der ARS drei fächerverbindende (Groß)Projekte: „Duft in den Religionen“ war eine Jahrgangsstufen überschreitende Kooperation zwischen den Fachbereichen Chemie und Religion, welche die Bedeutung von duftenden Gewürzen und Harzen (Weihrauch) in den Religionen herausarbeitete sowie deren chemische Zusammensetzung und Wirkung vergleichend analysierte; „Kunst auf der Haut“ verband die Fächer Körperpflege und Religion und widmete sich hierbei der Bedeutung von

Moscheebesuch

Tattoos und Körperschmuck in den Religionen; das Projekt „Brücken verbinden" der Fachbereiche Bautechnik und Religion verdeutlichte über die Verbindung der drei dar-/vorgestellten Kulturräume mit realen Brücken auch die enthaltene Analogie von Brückenbauwerken und der Verständigung zwischen den Religionen und Kulturen.

Innovative trialogisch

Die dritte Ebene der hier beschriebenen Dreigliederung ist die Mikroebene: diese (methodische) Ebene hat sich – neben vielen „Kleinmethoden" – als verbindendes Element zwischen den schon genannten Ebenen der Projektarbeit erwiesen: die multiperspektivische Zusammenschau hat sich als wertvoll erwiesen gerade im Hinblick auf die Entwicklung der Kompetenz Fragen zu stellen, diese zunächst selber zu klären – aus der eigenen (z. T. Außen)Perspektive - und sie dann im Rahmen originaler Begegnung an Menschen mit der jeweiligen Innenperspektive zu richten. Kulminierend konnten die meisten Fragen in einem den ganzen Vormittag andauernden trialogischen Gespräch mit Vertretern der drei Religionen und ihrer Perspektive (näherungsweise) beantwortet werden. Die interkulturelle/-religiöse Kompetenzentwicklung, ein transparentes Lernen durch Selbstbeobachtung mit Kompetenzrastern hat sich im Bereich der Softskills (soziale Kompetenzen) als sehr förderlich erwiesen, durch das Sichtbarwerden von erlernbaren interkulturellen/-religiösen Kompetenzen.

Verbindend konnten die Ergebnisse der Projektarbeit auf der Homepage www.kulturtrialog.de zusammengefasst werden, welche durch das unbeschreibliche Engagement von zwei ITA 11 und zwei BG 12 (Informationstechnik) Schülern erstellt wurde: von dem Layout bis zur Programmierung wurden alle Arbeiten durch diese Teilnehmer der KulturTrialog AG durchgeführt. Diese innovative Arbeit hat dazu geführt, dass die Adolf-Reichwein-Schule Marburg über den Erfolg im III. Trialog-Schulenwettbewerb hinaus auch mit dem „Innovationspreis 2008 berufliche Schulen in Hessen" (VhU) ausgezeichnet wurde.

Der Wettbewerb „Schulen im Trialog – Europäische Identität und kultureller Pluralismus" der Herbert Quandt-Stiftung hat eine ungeahnte Beschäftigung mit dem Anderen/Fremden ausgelöst, Schülerinnen und Schüler über Jahrgangsstufen und Schulformen miteinander verbunden und eine Vernetzung der Schule mit ihrem kulturell/religiösen gesellschaftlichen Umfeld angestoßen. Hierbei war gerade die Pluralität der Zusammenarbeitenden tragend, die ihren Widerhall im breit angelegten Angebot der Adolf-Reichwein-Schule Marburg gefunden hat.

Epilog: Gedanken zum Fach Religion (an beruflichen Schulen) im Hinblick auf die Thematisierung im letzten Insider

Religion(en) einfühlsam und authentisch von außen betrachten und dabei „Potenziale" thematisieren? Ich frage mich wie dies, den Gegenstand der unterrichtlichen Beschäftigung würdigend, gelingen soll und bin – so fragend – Reiner Jungnitsch sehr dankbar für seine Antwort auf die Ansichten von Klaus Hurrelmann und Wolfram Weiße!

Die Beschäftigung mit dem Thema Religion darf m. E. nicht auf eine (laizistisch) rein wissenschaftliche Auseinandersetzung verengt bzw. ihrer konfessionellen Vielfalt beraubt werden, um dann auch noch – in einem homogenisierten Gewand – als sozialer Kitt, rein funktionalisiert in Erscheinung zu treten. Den letztgenannten Gedanken aufnehmend verfehlt m. E. eine Instrumentalisierung von Werten im Sinne einer generell nor-

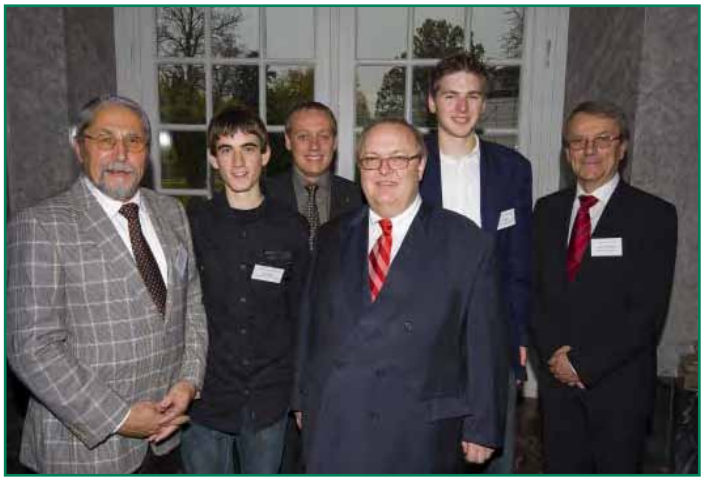
Besuch in der Synagoge Marburg

mativen Werte-Erziehung die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler; sind ihre Werte doch häufig auf einen Zielzustand (Frieden, Freundschaft, Glück usw.) ausgerichtet, die selten übereinstimmen mit den gesellschaftlich gewollten Werten (Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, Fairness usw.). Die instrumentalen Werte kommen gerade bei einer differenzierten Beschäftigung mit den eigenen Werten zur Anwendung – sie sind die Folge und nicht das „zielorientierte Potenzial".

„Auf die Differenz kommt es an" (Uwe Gerber), gerade im Hinblick auf „das was uns unbedingt angeht" (Paul Tillich). Solidarität und Gleichbehandlung können lediglich die Folge einer differenzierten, dialogisierenden Auseinandersetzung mit dem Fremden sein, nicht aber eine gleichmachende Voraussetzung.

Religionslehrer und -lehrerinnen beschäftigen sich täglich zusammen mit Schülerinnen und Schülern mit dem Unverfügbaren. Letztere fragen suchend gerade ihre/n Begleiter/in nach der eigenen (Innen)Perspektive, wie ich nicht nur im o. g. Projekt erfahren durfte. Schülerinnen und Schüler wünschen die originale Begegnung, welche an beruflichen Schulen häufig schon im eigenen Klassenverband, über Religions- und Konfessionsgrenzen möglich ist. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Lehrerinnen und Lehrern der unterschiedlichen (christlichen) Konfessionen ist darüber hinaus die Regel und es bleibt zu wünschen, dass Kolleginnen und Kollegen anderer Religionen (in ihrer konfessionellen Vielfalt) diese Zusammenarbeit in Zukunft ergänzen werden. Sicher muss gleichzeitig ein Ethikunterricht verpflichtend als Wahlmöglichkeit durchgängig etabliert werden, jedoch kann/darf dieser nie Ersatz, sondern nur Teil der geschilderten und (noch) gewünschten Vielfalt sein.

Ein Unterricht, der über weite Teile kooperierend von Lehrerinnen und Lehrern unterschiedlicher (!) Religionen und Konfessionen bzw. nichttheistischer Positionen stattfindet, würde den Schülerinnen und Schülern ein Abbild einer sie erwartenden (beruflichen) Zukunft ermöglichen und Handlungsoptionen eröffnen: Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in Deutschland sowie der damit verbundenen Migrationsbewegung – dem zu erwartenden und nötigen Zuzug fremder Kulturen/Religionen und dem bisweilen medial inszenierten „Clash of Cultures" (?) ist es die Aufgabe der Schule diese Pluralität erfahrbar zu machen und nicht harmonisierend von außen zu beobachten. Eine solches Erfahren der Differenz fördert m. E. dann – als Folge (!) – die Handlungsfähigkeit unserer Schülerinnen und Schüler im Sinne von Solidarität, Gleichbehandlung und Gerechtigkeit, ausgerichtet auf den mir begegnenden Fremden/Anderen.


Preisverleihung vhu

Staat und Religion laufen schon immer in den Bürgern und Bürgerinnen zusammen und lassen sich nicht sauber geordnet voneinander trennen. Der Ausschluss der religiösen Vielfalt aus der Öffentlichkeit und damit aus der öffentlichen Schule würde Religion(en) in das anonyme Private verbannen und gerade fundamentalen Tendenzen Tür und Tor öffnen. Wir sollten m. E. die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes ernst nehmen und das erfahrungsgeladene, wie auch weitsichtige Grundrecht (GG 7,3), das den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach benennt – ein Grundrecht für alle Religionen und Gruppierungen, die als Religionsgemeinschaften zugelassen sind – nicht versuchen auszuhöhlen!

Carsten Pales Keil

Kultur Trialog

Leserbrief zu „Insider 3/08", RU an beruflichen Schulen

„Das Evangelium zielt auf Umwandlung. Diese Zielsetzung umfasst die Befreiung des Menschen zur mündigen Verantwortung in der Nachfolge Christi und die Veränderung solcher Verhältnisse, in denen der Mensch und die Erde als gute Schöpfung Gottes geleugnet und missachtet werden."

Das ist von 1970 und steht im Vorwort zum sog. Dortmunder Lehrplan für den ev. RU an der BS. Als Pfarrer im Schuldienst habe ich damit über 30 Jahre an einer BS gearbeitet, um die 50 ReferendarInnen ausgebildet, lange Jahre den GEW-Schulobmann gegeben und an zwei oder drei GEW-Landeskonferenzen als Delegierter teilgenommen.

Mein ev. RU ist interkulturell, -religiös und dialogisch. Ich mache seit langen Jahren die positive Erfahrung, dass sich SchülerInnen aus über 30 Ländern dieser Welt sehr intensiv und teils sehr qualifiziert mit deutscher NS-Geschichte beschäftigen. Muslime, Syrisch-Orthodoxe und Yeziden kümmern sich um deutsche jüdische Geschichte und Geschichten. Mein ev. RU ist an unserer Schule wesentlicher Ort inhaltlicher Integration, an dem gestritten und gelernt wird, was der § 2 des Hess. Schulgesetzes vorgibt.

Der ev. RU an der BS ist die Zeit im Schulalltag, in der die SchülerInnen als Person, als Auszubildende und als gesellschaftliche Wesen im Mittelpunkt stehen. Da geschieht auch Luftholen, Durchhängen und Krafttanken. Aus dem Unterricht ergibt sich häufig Beratung und dezidiert seelsorgerliche Begleitung.

Bevor die GEW weiter Phantomdebatten führt, empfehle ich in Lehrpläne, Schulprogramme und Unterricht von KollegInnen zu schauen. Wer den ev. RU aus der Schule `raushaben will, der wird danach Deutsch, Sport und Politik gehen sehen. Auf die verbleibenden KollegInnen wird dann einiges an Arbeit zukommen, um an der „Befreiung des Menschen" und der „Veränderung unterdrückerischer Verhältnisse" zu arbeiten.

Frank Pötter

Nicht nur eine Buchempfehlung

»Schluß mit der Bildungsreform«

lautet das letzte Kapitel des Buches von Konrad Paul Liessmann: Theorie der Unbildung, Wien 2006

Vor dem Hintergrund dessen, was in den letzten Jahren insbesondere den beruflichen Schulen an Reformen von oben zugemutet wurde, lässt sich dieses Plädoyer für deren Beendigung als längst überfälligen Befreiungsschlag empfinden, zumindest aber als Balsam auf die Wunden derer, die in ihrer alltäglichen berufspädagogischen Praxis mühsam gegen die von den Reformstrategen angestrebte Entsorgung des Bildungsbegriffs aus dem (noch) staatlichen Berufsschulwesen ankämpfen.

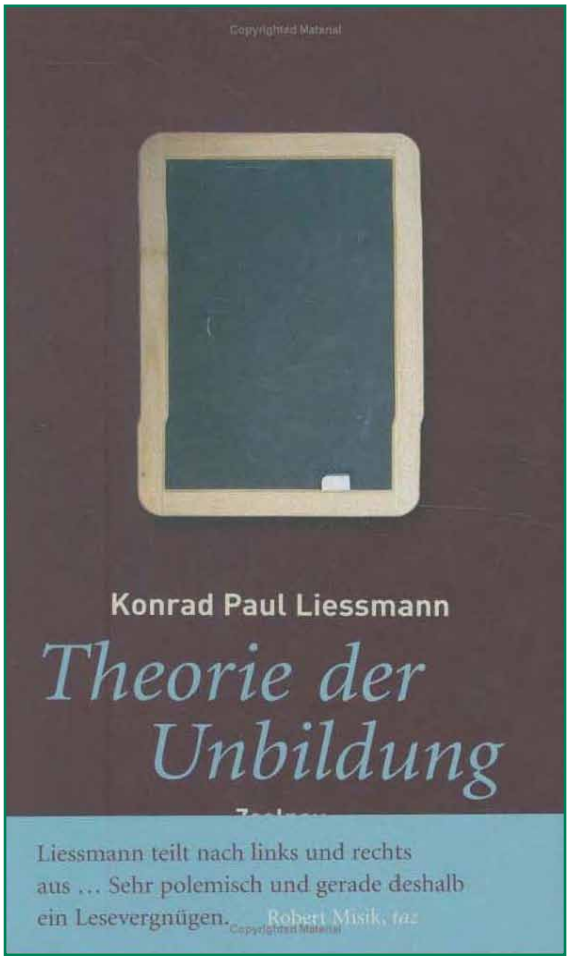
Auf den Begriffsapparat zeitgeistgeschwängerter Bildungsreformideen fokussiert Liessmann seine Ideologiekritik. »Die Forderung nach dem Lernen des Lernens ähnelt dem Vorschlag ohne Zutaten zu kochen.« (S. 35) – so bringt Konrad Paul Liessmann, seines Zeichens Philosophieprofessor an der Universität Wien und in Österreich Wissenschaftler des Jahres 2006, die Kritik inhaltsleerer Bildungskonzepte ebenso scharfsinnig wie amüsant auf den Punkt. In seiner »Theorie der Unbildung«, die er anküpfend an die Humboldtsche Bildungstheorie, über bildungsrelevante Reflektionen bei Hegel und Nietzsche und schließlich im Rekurs auf Adornos »Theorie der Halbbildung« entwickelt, diagnostiziert Liessmann, dass heute »die zahlreichen Reformen des Bildungswesens auf eine Industrialisierung und Ökonomisierung des Wissens abzielen« (S. 8), wobei deren pädagogisch-theoretischen Programme als »notwendige Konsequenz der Kapitalisierung des Geistes« nicht nur ohne jede »normative Idee von Bildung« auskommen, sondern »deren Abwesenheit gerade voraussetzen« (S. 9). Und: »Wer Teamfähigkeit, Flexibilität und Kommunikationsbereitschaft als Bildungsziele verkündet, weiß schon wovon er spricht: von der Suspendierung jener Individualität, die einmal Adressat und Akteur von Bildung gewesen war.« (S. 71)

»Wissensgesellschaft«, »Qualitätsmanagement«, »Modularisierung«, »Handlungsorientierung«, »lebenslanges Lernen« etc. sind weitere Begriffe, die den Apolegeten moderner Reformpädagogik, die im Bildungswesen möglichst alles platt machen wollen, was auch nur noch ein Hauch von Bildung in sich trägt, wie ewige Wahrheiten locker über die Lippen gehen. In der Tradition radikaler Aufklärung und Kritik entlarvt Liessmann deren Terminologie kompromisslos als Elemente einer »Unbildung«, in der die »Unterwerfung des Wissens unter die Parameter einer kapitalistischen Ökonomie ... vollzogen werden kann« (S. 48). Erzwungen wird die Unterwerfung des Bewußtseins unter dieses begriffliche Instrumentarium nicht allein durch Setzungen und Sanktionen der Bildungsverwaltung, sondern weil die gewählte Terminologie infolge ihrer »selbstimmunisierenden« Wirkung sich jeglicher Kritik zu entziehen scheint, denn wer will schon in den Verdacht geraten, etwa Maßnahmen zur Effektivierung der Unterrichtsqualität oder die Befähigung zum lebenslangen Lernen nicht als Zielvorgabe zu wollen. Nach Liessmann funktionieren all »diese Begriffe nach einem einfachen Schema: Sie bezeichnen nie das, was die Wortbedeutung nahelegt, verbergen aber, was durch sie tatsächlich indiziert wird.

»Eine furiose hochintelligente Polemik«, schreibt dazu Alexander Kluy im Rheinischen Merkur vom 26.10.2006, »verfasst in kristallklarer Sprache, reich mit hinreißend gemeinen Bonmots«. Insofern ist das Buch von Liessmann nicht nur eine Pflichtlektüre für jeden, der offen ist für eine ideologiekritische Betrachtung bildungsreformerischer Prozesse im Zeichen von Globalisierung, GATS und sonstigen Verwertungszusammenhängen, sondern zugleich auch ein Lesevergnügen von durchaus praktischem Nutzen: So kann es als reichhaltige Sammlung von schlüssigen Argumentationshilfen dienen in den von den Dubs, Müllers, Sloanes und sonstigen Bildungsmodernisierern dominierten Veranstaltungen des »Instituts für Qualitätsentwicklung« (IQ) oder vergleichbarer Kaderschmieden moderner Lernfeld- oder Leadership-Theorien. Es argumentiert somit gegen all jene, denen Bildung, verstanden »als einzige Möglichkeit, den Menschen aus der Barbarei in die Zivilisation, aus der Unmündigkeit in die Autonomie zu leiten« (S. 54), ein höchst überflüssiges Ärgernis ist, das die möglichen Subjekte der Geschichte nur auf dumme Gedanken bringe und die es von daher und freilich auch im Interesse einer nachhaltigen Absenkung der profitschmälernden Staatsquote mit Stumpf und Stiel auszurotten gelte. »Gebildete«, heißt es bei Liessmann, »nämlich wären alles andere als jene reibungslos funktionierenden flexiblen, mobilen und teamfähigen Klons, die manche gerne als Resultat von Bildung sähen.« (S. 53)

Nicht zuletzt sei das Buch von Liessmann auch den Akteuren insbesondere der zweiten Phase der Lehrerausbildung zur Förderung ideologiekritischer Reflexionspotentiale gegenüber curricularen Vorgaben der Bildungsverwaltung dringend empfohlen. Denn in den Studienseminaren wird in den Modulen zum berufsbezogenen Unterricht inzwischen die im Schulgesetz verankerte pädagogische Freiheit durch die verbindliche Vorgabe bildungsferner Unterrichtstheorien wie etwa die Festlegung der Lernfeld-Didaktik als alleiniges Pflichtprogramm der Unterrichtsplanung rigoros in Frage gestellt.

Jochen Sicars



Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge 2003 - 2008 in Hessen zum Stichtag 30.09. (vorläufige Angaben)

Zuständige Stellen	2008	Ver. %	2007	Ver. %	2006	Ver. %	2005	Ver. %	2004	Ver. %	2003
HWK gesamt:	11.152	0,91	11.051	7,09	10.319	3,42	9.978	-6,8	10.706	2,1	10.486
IHK gesamt:	25.924	1,68	25.496	9,44	23.296	5,64	22.052	0,26	21.994	7,16	20.525
HWK + IHK gesamt:	37.076	1,45	36.547	8,72	33.615	4,95	32.030	-2,05	32.700	5,45	31.011
Andere:	5.264	-0,03	5.199	-0,63	5.008	-1,56	5.328	-4,81	5.720	-1,75	6.039
gesamt Sonderabfrage:	**42.340**	**1,42**	**41.746**	**8,09**	**38.623**	**3,39**	**37.358**	**-2,76**	**38.420**	**3,7**	**37.050**
Amtl. Endergebnis 30.09. (BIBB)	*42.667*	*-1,6*	*43.378*	*10,02*	*39.426*	*4,68*	*37.662*	*-2,75*	*38.727*	*2,42*	*37.812*

Quelle: Sonderabfrage bei den Zuständigen Stellen de Landes Hessen zum 30.09. durch HMWVL

Klassenfahrt wird bezahlt

Die Kinder von Hartz-IV Empfängern bekommen die Kosten für Klassenfahrten in voller Höhe bezahlt.
Die bei den meisten Arbeitsgemeinschaften aus Arbeitsagenturen und Kommunen übliche Begrenzung der Kostenerstattung sei vom Gesetz nicht gedeckt, urteilte das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel (Az: B 14 AS 36/07 R).

Mit dem Grundsatzurteil gab das BSG einer Familie aus Berlin Recht. Das Job-Center hatte die Klassenfahrtkosten der zwei Söhne nicht voll übernehmen wollen. Wie das BSG entschied, erlaubt das Gesetz eine solche Deckelung nicht. Auch gebe das Gesetz den Arbeitsgemeinschaften nicht das Recht zu überprüfen, ob die Fahrten „angemessen" sind. afp

DE 14.11.2008

Weniger junge Raucher

Jugendliche - Laut Studie nimmt Konsum von Tabak und Drogen ab - Problem: Komasaufen

BERLIN. Die Jugendlichen in Deutschland nehmen zwar immer weniger Drogen, aber jeder fünfte trinkt sich bei Saufpartys ins Koma. Das ergab eine neue Studie, die die Bundesdrogenbeauftragte Sabine Bätzing (SPD) vorstellte. „Der Konsum von Tabak, von Alkohol und Cannabis unter den Zwölf- bis Fünfzehnjährigen nimmt ab in Deutschland", sagte Bätzing. „Was uns Sorge macht, ist allerdings nach wie vor das exzessive Rauschtrinken." Der Raucheranteil unter Jugendlichen sank auf den niedrigsten Stand seit 1979 - 15,4 (2001: 28) Prozent der Zwölf- bis Siebzehnjährigen rauchen.

Etwa acht Prozent der Zwölf bis Siebzehnjährigen trinken laut Studie so viel Alkohol, dass es gesundheitlich „äußerst bedenklich" ist. Jeder fünfte Jugendliche gab an, im Monat zuvor Kampftrinken praktiziert zu haben. dpa

DE 15.11.2008

Bildungsausgaben

Deutschland wird seit vielen Jahren wegen seiner zu geringen Bildungsfinanzierung kritisiert. Während der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben im OECD-Mittel von 12,8 (2000) auf 13,2 % (2005) anstieg, sank er in Deutschland von 9,9 auf 9,7 %. Der kürzlich veröffentlichte Bildungsfinanzbericht 2008 des Statistischen Bundesamtes führt ebenfalls aus, dass die Ausgaben pro Bildungsteilnehmer in den allgemein bildenden Schulen sogar um 20 % und mehr unter OECD-Durchschnitt liegen. Sachaufwand und Sachinvestitionen, zu denen auch Lernsoftware und Schulbücher gehören, sind seit vielen Jahren unterfinanzierte Posten der Bildungsausgaben. So sanken die öffentlichen Schulbuchausgaben von rund 400 Mio. € (1991) auf nur noch etwa 250 Mio. (2007). Auch der Kauf von Unterrichtssoftware durch die Schulen ist mittlerweile auf einem extrem niedrigen Niveau: 2007 wurden von der Branche mit den Schulen nur noch vernachlässigbare 7 bis 10 Mio. € Umsatz gemacht.

VdS Bildungsmedien e.V.

E-Mail: presse@vds-bildungsmedien.de

Vorsicht Abbruch!

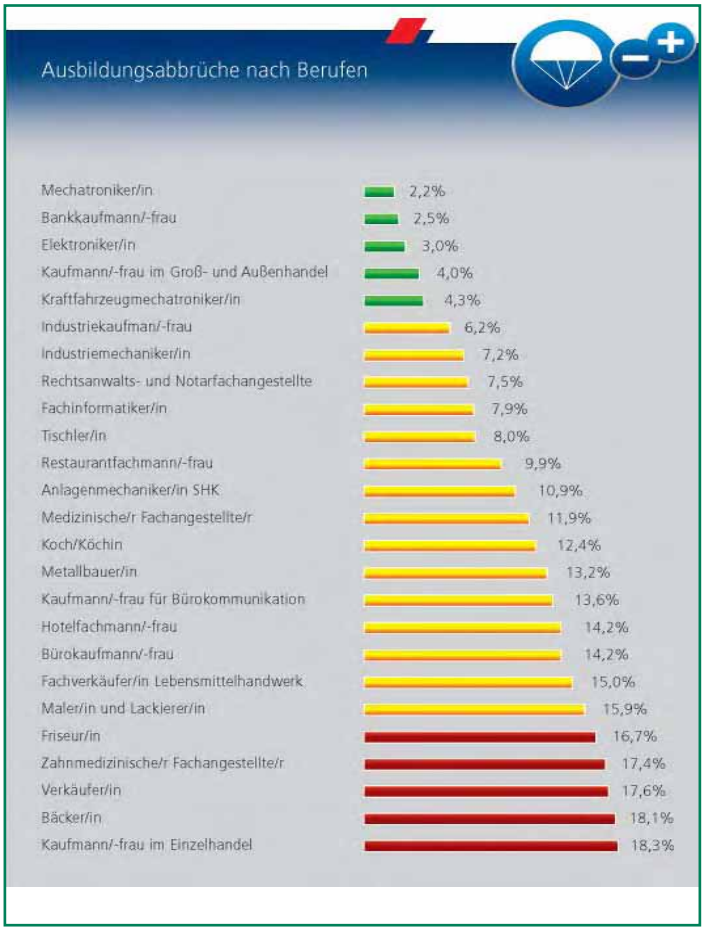
Ausbildungsreport der DGB-Jugend: Um die Qualität der Arbeitgeber ist es auch 2008 nicht gut bestellt. Die Abbrecherquote bleibt hoch.

„Ich muss in der Woche 60 Stunden arbeiten, hab nie Urlaub und bekomme kein Geld. Ich glaub, da stimmt was nicht...«
Wenn es auch nicht unbedingt immer so drastisch ist - im Internetforum von »Dr. Azubi«, dem DGB-Jugend-Portal zum Thema Ausbildung, lassen sich durchaus solche oder ähnliche Einträge von Auszubildenden finden.

Nun hätte man hoffen können: In Zeiten der Fachkräftemangel-Diskussion gehörten Missstände in der Ausbildung der Vergangenheit an. Leider ist dem nicht so. Bei der Vorstellung des diesjährigen Ausbildungsreports der DGB-Jugend am 3. September 2008 in Berlin wurde klar: Überstunden, mangelnde fachliche Anleitung und geringe Aussichten auf Übernahme sind zentrale Kritikpunkte Jugendlicher an ihrer Ausbildung.
Im Schnitt machen 40 Prozent der Auszubildenden regelmäßig Überstunden, bei den Hotelfachleuten sind es sogar 70 Prozent. Nur 20 Prozent der Befragten können sicher sein, nach der Ausbildung übernommen zu werden - alles Gründe für die hohe Abbrecherquote von bis zu 20 Prozent. Wenn der Facharbeitermangel so groß ist, wie die deutsche Wirtschaft immer behauptet, kann und muss man auch fragen, warum nur so wenige Unternehmen ihren Auszubildenden eine berufliche Perspektive eröffnen.

Auch mit der fachlichen Anleitung sind viele Auszubildende unzufrieden. 32 Prozent der Befragten geben an, nur »manchmal«, »selten« oder »nie« fachlich angeleitet zu werden. Notwendig sei eine verstärkte Qualitätskontrolle der Ausbildungsbetriebe durch die Kammern, so DGB-Bundesjugendsekretär Rene Rudolf. In der Praxis würden Betriebe jedoch erst dann aufgesucht, wenn es bereits Klagen gegeben habe.

Die DGB-Jugend sieht vor allem »auf den letzten Plätzen« erheblichen Verbesserungsbedarf. Rudolf: »Von zentraler Bedeutung sind dabei kompetente Ausbilder.«



Die Jugendorganisationen der Gewerkschaften fordern daher, bei der laufenden Überarbeitung der Ausbildereignungsverordnung (AEVO) die Qualitätskriterien zu erweitern und den AusbilderInnen ein Recht auf Weiterbildung einzuräumen.

Der Ausbildungsreport basiert auf einer bundesweiten Befragung von 4.725 Auszubildenden aus den laut Bundesinstitut für Berufsbildung 25 häufigsten Ausbildungsberufen. Im Ranking werden die Industriemechaniker am besten beurteilt: fachliche Anleitung, Ausbildungsinhalte und Vergütung stimmen. Dies trifft auch auf Kaufleute für Bürokommunikation und Bankkaufleute zu. Schlechte Beurteilungen gibt es vor allem für Gastronomieberufe, Bäcker und Maler.

Der „Ausbildungsreport 2008" im Internet: www.dgb-jugend.de

Abbruch verhindern

Unter den Befragten des Ausbildungsreports 2008 hat jeder Zehnte (10,9 Prozent) schon einmal eine Ausbildung abgebrochen, und das bei einer nahezu gleichen Geschlechterverteilung. Und das ist noch nett gesagt: Denn mit unserer Befragung in den Berufsschulen haben wir nur diejenigen erreichen können, die sich wieder in einer Ausbildung befinden. All jene, die nach wie vor keinen Ausbildungsplatz haben, tauchen in unserem Report nicht auf. Die offizielle Abbrecherquote, etwa des Berufsbildungsberichts der Bundesregierung, ist dementsprechend mit 19,8 Prozent wesentlich höher.
Wenn wir mehr Qualität in die Ausbildung bringen, können wir viele Ausbildungsabbrüche verhindern. Damit wäre nicht nur den Jugendlichen geholfen. Auch den Ausbildungsbetrieben blieben große Zeitverluste, Unsicherheiten und Kosten erspart. Dafür ist jedoch eine nachhaltige Qualitätsentwicklung in den Betrieben ebenso vonnöten wie eine regelmäßige Kontrolle durch die zuständigen Stellen mit - wenn es sein muss - empfindlichen Sanktionen.

Rene Rudolf
Quelle: soli aktuell 10.08

GEW: Eckpunkte für ein neues Konzept der Benachteiligtenförderung

Der erfolgreiche direkte Übergang von Schule in Ausbildung und/oder Arbeit ist nach wie vor für benachteiligte Jugendliche nicht gesichert und weiterhin eine gesellschaftspolitische Herausforderung hohen Ranges. Die vielfältigen Ursachen, wie gestiegene Anforderungen in Ausbildungsberufen, Wegfall einfacher Arbeitsplätze, zu geringes Angebot dualer Ausbildungsplätze treffen insbesondere in ihrer Wirkung junge Menschen mit schlechtem oder fehlendem Schulabschluss und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Für diese Jugendlichen, die sich nicht ohne zusätzliche Hilfen ins System der beruflichen Bildung integrieren lassen, hat sich über Jahrzehnte ein System entwickelt, das unübersichtlich und wenig effizient ist. Nach Schätzungen werden zurzeit jährlich ca. 6 Milliarden Euro in ein solches Übergangssystem mit einem mehr als fraglichen Erfolg ausgegeben. Die GEW fordert neue Rahmenbedingungen, die die gesellschaftliche Integration der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich im Übergangssystem befinden, fördern. Dazu bedarf es eines Paradigmenwechsels in der Benachteiligtenförderung im Sinne der Empfehlung des Hauptausschusses des Bundesinstituts für Berufsbildung, die für alle Jugendlichen den Übergang in eine Ausbildung für nötig und machbar erachten. Danach gelten als benachteiligt: „…junge Menschen mit individuellem Förderbedarf, die ohne besondere Hilfen keinen Zugang zur Ausbildung und Arbeit finden und ihre soziale, berufliche und persönliche Integration in die Gesellschaft nicht allein bewältigen können."
Insbesondere für diese Gruppe muss es eine wesentliche Verbesserung des Überganges von der Schule in Ausbildung und Beruf geben, bei der alle Akteure zusammen arbeiten.

Der Gewerkschaftstag beschließt unter Berücksichtigung folgender Eckpunkte ein neues Konzept der Benachteiligtenförderung zu entwickeln.

- Die berufliche Qualifizierung und Integration junger Menschen muss als Gesamtaufgabe gesehen und finanziert werden. Dabei benötigt ein entsprechendes Fördersystem ein durchgängiges Beratungs- und Begleitsystem. Berufsorientierung, Berufsausbildungsvorbereitung und Berufsausbildung (oder Arbeit) werden in der Förderkette als zusammenhängendes System betrachtet.
- Im Mittelpunkt der individualisierten Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher steht die „Dualisierung" der Bildungsgänge. Der Betrieb/das Unternehmen stellt regelhaft einen wesentlichen Lern- und Erfahrungsort da. Es gilt Verbundsysteme aus berufsbildenden Schulen, Betrieben und außerschulischen Bildungsträgern zu schaffen, die so ihre unterschiedlichen Kompetenzen einbringen können. Die Organisation und Steuerung der o.g. Akteure, ergänzt durch die Agentur für Arbeit und Jugendhilfeeinrichtungen, geschieht regional/kommunal.
- Berufsorientierung umfasst die Klärung eigener Stärken und Ziele und die Kenntnis realistischer Möglichkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie schulischer Bildungsangebote. Berufsorientierung ist als Gemeinschaftsaufgabe allgemein bildender und berufsbildender Schulen anzulegen. Sie entwickeln gemeinsam regional ein bildungsbereichübergreifendes Konzept zur Gestaltung des Übergangsprozesses. Externe Kooperationspartner sollen eng und verbindlich einbezogen werden. Für Jugendliche mit besonderem Förderbedarf umfasst die Berufsorientierung die Jahrgänge 7 bis 10.
- Sollten nach durchlaufener Berufsorientierung und Berufsausbildungsvorbereitung Schülerinnen und Schüler kein betriebliches Angebot erhalten, wird allen, die in der Lage und willens sind, ein öffentlich geförderter Ausbildungsplatz unter Beteiligung von Schule, Betrieb und außerschulischen Trägern angeboten.

Antrag an den Gewerkschaftstag der GEW-Bund 2009

Benachteiligtenfördernug

Gewalt in Videospielen schadet der Gesundheit

Forscher stellen Verschlechterung bei Schlaf und Herzrhythmus fest

Gewalt in Computer- oder Konsolenspielen schädigt die Gesundheit, indem sie Puls und Schlafqualität beeinträchtigt. Das ergab eine in der Fachzeitschrift „Acta Paedriatica" veröffentlichte Untersuchung von Jungen im Alter von 12 bis 15 Jahren, deren körperliche Reaktionen während des Videospielens und in der Zeit danach beobachtet wurden.

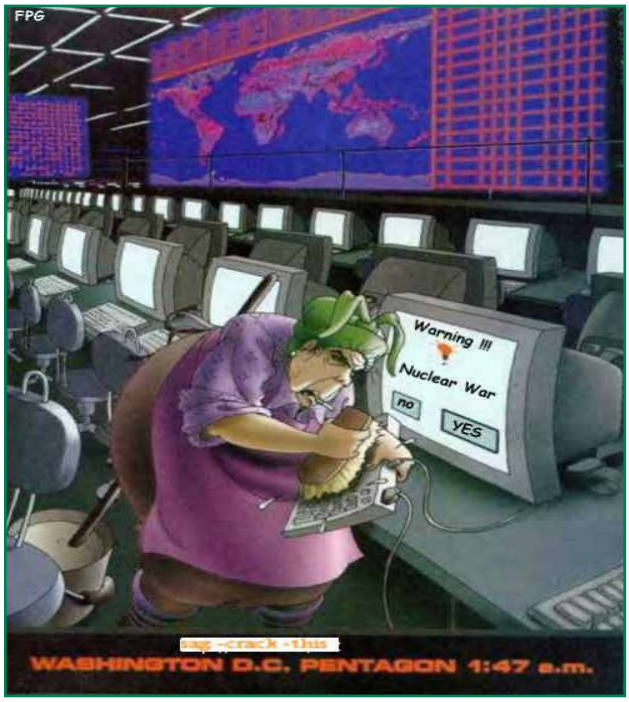
Demnach schadet gespielte Gewalt besonders Kindern, die häufig spielen. „Wenn der Körper tagtäglich auf diese Weise belastet wird, hat das ernstzunehmende Konsequenzen", betont Studienleiter Frank Lindblad von der Universität Stockholm im pressetext-Interview. Die im Test verwendete Methode erlaubt, physiologische Auswirkungen eines Video- oder Computerspiels bei verschiedenen Arten von Spielen zu unterscheiden.

Dazu spielten die Jugendlichen am Abend zwei verschiedene Videospiele. Eines davon beinhaltete eindeutige Gewaltdarstellungen, das andere war ein gewaltfreies Spiel, das jedoch im Spannungsaufbau dem ersten Spiel sehr ähnlich war. Während des Spiels wurden verschiedene Werte der Probanden gemessen, unter anderem ihr Herzschlag. Dieser erwies sich bei Gewaltspielen als weitaus unregelmäßiger, und zwar nicht nur während

der Spieldauer, sondern auch im Schlaf in der darauf folgenden Nacht. Die Jugendlichen bemerkten am nächsten Morgen jedoch nicht, dass sie in der Nacht schlechter geschlafen hatten. „Mit dem autonomen Nervensystem werden somit auch zentrale physiologische Systeme des Körpers bei Gewaltspielen beeinträchtigt, ohne dass es der Betroffene spürt“, resümieren die Forscher.

Dass Vielspieler weniger als Gelegenheitsspieler auf Gewalt reagieren, konnte die Studie nicht bestätigen. Lindblad vermutet bei jüngeren Spielern eine stärkere negative Auswirkung der spielerischen Konfrontation mit Gewalt auf das biologische System. „Aus ethnischen Gründen haben wir jedoch keine diesbezüglichen Tests unternommen“, erklärt der Experte für Kinderpsychiatrie. Für eindeutige Rückschlüsse über langfristige Beeinflussungen sei es noch zu früh, die angewandte Methode erweitere jedoch das Wissen über Mechanismen hinter dem schon öfters beschriebenen Zusammenhang zwischen Gewaltspielen und aggressivem Verhalten. „Die Untersuchungen könnten in eine Forderung an die Spielindustrie münden, aus gesundheitlichen Gründen Gewalt aus den Spielen zu nehmen“, so Lindblad abschließend.

Quelle: pressetext.austria 18.11.2008



Die Geschichte vom Blumentopf und dem Bier

Ein Professor stand vor seiner Philosophie-Klasse und hatte einige Gegenstände vor sich. Als der Unterricht begann, nahm er wortlos einen sehr großen Blumentopf und begann diesen mit **Golfbällen** zu füllen. Er fragte die Studenten, ob der Topf nun voll sei. Sie bejahten es.

Dann nahm der Professor ein Behältnis mit **Kieselsteinen** und schüttete diese in den Topf. Er bewegte den Topf sachte und die Kieselsteine rollten in die Leerräume zwischen den Golfbällen. Dann fragte er die Studenten wiederum, ob der Topf nun voll sei. Sie stimmten zu.

Der Professor nahm als nächstes eine Dose mit **Sand** und schüttete diesen in den Topf. Natürlich füllte der Sand den kleinsten verbliebenen Freiraum. Er fragte wiederum, ob der Topf nun voll sei. Die Studenten antworteten einstimmig „ja“.
Der Professor holte zwei Dosen **Bier** unter dem Tisch hervor und schüttete den ganzen Inhalt in den Topf und füllte somit den letzten Raum zwischen den Sandkörnern aus. Die Studenten lachten.
„Nun“, sagte der Professor, als das Lachen langsam nachließ, „Ich möchte, dass Sie diesen Topf als die Repräsentation ihres Lebens ansehen. Die **Golfbälle** sind die wichtigen Dinge in ihrem Leben: Ihre Familie, ihre Kinder, ihre Gesundheit, ihre Freunde, die bevorzugten, ja leidenschaftliche Aspekte ihres Lebens, welche, falls in Ihrem Leben alles verloren ginge und nur noch diese verbleiben würden, ihr Leben trotzdem noch erfüllend wäre.“

„Die **Kieselsteine** symbolisieren die anderen Dinge im Leben wie Ihre Arbeit, Ihr Haus, Ihr Auto. Der **Sand** ist alles andere, die Kleinigkeiten.

Falls Sie den Sand zuerst in den Topf geben“, fuhr der Professor fort, „hat es weder Platz für die Kieselsteine noch für die Golfbälle. Dasselbe gilt für Ihr Leben. Wenn Sie all ihre Zeit und Energie in Kleinigkeiten investieren, werden Sie nie Platz haben für die wichtigen Dinge. Achten Sie auf die Dinge, welche Ihr Glück gefährden. Spielen Sie mit den Kindern.

Nehmen Sie sich Zeit für eine medizinische Untersuchung. Führen Sie Ihren Partner zum Essen aus. Es wird immer Zeit bleiben um das Haus zu reinigen oder Pflichten zu erledigen. Achten Sie zuerst auf die Golfbälle, die Dinge, die wirklich wichtig sind. Setzen Sie Ihre Prioritäten. Der Rest ist nur Sand.“
Einer der Studenten erhob die Hand und wollte wissen, was denn das **Bier** repräsentieren soll. Der Professor schmunzelte: „Ich bin froh, dass Sie das fragen. Es ist dafür da, Ihnen zu zeigen, dass, egal wie schwierig Ihr Leben auch sein mag, es immer noch Platz hat für **ein oder zwei Bierchen.**“

Auflösung

Zu 1) 6 000
Zu 2) chinesisch – 1 Mrd. Menschen

Zum Nachdenken

Wenn wir die ganze Menschheit auf ein Dorf von 100 Einwohner reduzieren würden, aber auf die Proportionen aller bestehenden Völker achten würden, wäre dieses Dorf so zusammengestellt:

57 Asiaten, 21 Europäer, 14 Amerikaner (Nord u. Süd), 8 Afrikaner

52 wären Frauen, 48 wären Männer

70 nicht Weiße, 30 Weiße

70 nicht Christen, 30 Christen

89 heterosexuelle, 11 homosexuelle

6 Personen würden 59% des gesamten Weltreichtums besitzen und alle 6 Personen kämen aus den USA.

80 hätten keine ausreichenden Wohnverhältnisse

70 wären Analphabeten
50 wären unterernährt
1 würde sterben - 2 würden geboren
1 hätte einen PC
1 (nur einer) hätte einen akademischen Abschluss

Wenn man die Welt aus dieser Sicht betrachtet, wird jedem klar, dass das Bedürfnis nach: Zusammengehörigkeit, Verständnis, Akzeptanz und Bildung notwendig ist.

Denkt auch darüber nach:

Falls Du heute Morgen gesund und nicht krank aufgewacht bist, bist Du glücklicher als 1 Million Menschen, welche die nächste Woche nicht erleben werden.

Falls Du nie einen Kampf des Krieges erlebt hast, nie die Einsamkeit durch Gefangenschaft, die Agonie des Gequälten oder Hunger gespürt hast, dann bist Du glücklicher als 500 Millionen Menschen der Welt.

Falls Du in die Kirche gehen kannst ohne die Angst, dass Dir gedroht wird, dass man Dich verhaftet oder Dich umbringt, bist Du glücklicher als 3 Milliarden Menschen der Welt.

Falls sich in Deinem Kühlschrank Essen befindet, Du angezogen bist, ein Dach über dem Kopf hast und ein Bett zum hinlegen bist Du reicher als 75% der Einwohner dieser Welt.

Falls Du ein Konto bei der Bank hast, etwas Geld im Portemonnaie und etwas Kleingeld in einer kleinen Schachtel gehörst Du zu 8% der wohlhabenden Menschen auf dieser Welt.

Falls Du diese Nachricht liest bist Du doppelt gesegnet worden, denn: 1. Jemand hat an Dich gedacht und 2. Du gehörst nicht zu den 2 Milliarden Menschen, die nicht lesen können.

Einer hat irgendwann mal gesagt:

Arbeitet, als würdet ihr kein Geld brauchen, liebt, als hätte euch noch nie jemand verletzt, tanzt, als würde keiner hinschauen, singt, als würde keiner zuhören, Lebt, als wäre das Paradies auf der Erde.

„Rund-Mail“ zur internationalen Woche der Freundschaft (Verfasser unbekannt)